

GENERATIONEN- gerechtigkeit!

Nachhaltige Finanzpolitik für ein zukunftsfähiges Deutschland

von Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen

Nachhaltigkeit ist eine zentrale Zielsetzung der Politik der Bundesregierung. Politik darf sich nicht nur an den Kurz-

lasten werden die nachfolgenden Generationen eine deutliche Belastung aus der demographischen Entwicklung zu tragen



fristinteressen orientieren. Sie muss für eine langfristige Sicherung unserer Lebensgrundlagen Sorge tragen. Auf die Finanzpolitik bezogen bedeutet dies, auch unseren Kindern und Enkeln muss ein finanziell handlungsfähiger Staat hinterlassen werden.

Ein beständiger Anstieg der Zinszahlungen würde diese Handlungsfähigkeit unterminieren. Denn neben den Zins-

haben. Der Anteil der Älteren wird spürbar steigen, der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung dürfte sinken. Dies führt zu spürbaren Mehrbelastungen für die Sozialsysteme. Wenn Deutschland diesen Herausforderungen gerecht werden will, darf der Staat finanziell nicht durch weitere Sonderlasten eingeengt werden.

(weiter auf Seite 3)

Auf nach Schloss Tutzing! Symposium über Generationen- gerechtigkeit am 5.-7.Juli 2002

Als Schlagwort hat die „Generationengerechtigkeit“ schon längst Eingang in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs gefunden. Seit den Anfängen der Ökobewegung als Argument beschworen, vergeht inzwischen keine Haushaltsdebatte mehr, ohne dass Sparkurse mittels Generationengerechtigkeit und „Nachhaltigkeit“ gerechtfertigt werden. Der Begriff ist in UN-Deklarationen fixiert und wird bei Talkshows in Zusammenhang mit Fragen nach zukünftigen Auswirkungen von Treibhauseffekt,

Ozonloch, Atommüll aber auch Arbeitslosigkeit, Rentenkrise und politischer Partizipation diskutiert. Dabei bleiben allerdings die Definition und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem, was „Generationengerechtigkeit“ eigentlich meint (oder meinen könnte) zumeist unklar. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen veranstaltet deshalb in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing und YOIS-Deutschland am Starnberger See

(weiter auf Seite 26)



In dieser Ausgabe

Thema: Finanzielle Generationengerechtigkeit

Nachhaltige Finanzpolitik für ein zukunftsfähiges Deutschland	1
Editorial, Impressum	2
Staatsverschuldung in Deutschland	4
Standpunkte	7
Offener Brief an die mittlere Generation	9
Rentenreform 2001	12
Teilungslösung	15
Letzte Meldungen zu Rente und Staatsfinanzen	16

Liebe Leser,

Ihre Meinung interessiert uns!

Mit Ihren Impulsen wollen wir die „Generationengerechtigkeit!“ weiter verbessern. Bitte schreiben Sie uns an:

GG-Redaktion, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Fax 06171-952566, Fon 06171-982367, E-Mail: info@srzg.de

Bitte nennen Sie uns auch Leser aus Ihrem Bekanntenkreis, denen wir zwei Ausgaben kostenlos zur Probe zusenden können. Wenn Sie selbst inzwischen zwei Ausgaben kostenlos erhalten haben, so bitten wir Sie um Verständnis dafür, dass wir Ihnen keine weiteren Probe-Ausgaben mehr zusenden. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie nun unsere Zeitschrift für 15 im Jahr abonnieren (siehe letzte Seite).

Aus den Arbeitskreisen

Staatsfinanzen, Rente	18
-----------------------	----

Berichte

Experten-Workshop des RNE	20
---------------------------	----

Politiktage

Interna SRzG

Neue Mitarbeiter und Vorstände	21
--------------------------------	----

International Volunteers Office	22
---------------------------------	----

Interna YOIS

Sustainable Development	24
-------------------------	----

Proday	25
--------	----

Termine	27
---------	----

Aufnahmeantrag	28
----------------	----

Editorial

Liebe Leserin,
lieber Leser,



im Mittelpunkt der nunmehr fünften Ausgabe unserer Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ steht erstmals ein volkswirtschaftlicher Ansatz: die fiskalische Generationengerechtigkeit. Der eine oder andere wird sich fragen, warum wir dieses Thema aufgreifen und welchen Bezug dieser Sachverhalt zu nachhaltigen Zielen in anderen Bereichen hat. Tatsächlich verringern die angehäuften Schulden der öffentlichen Hand und die daraus folgenden Zinsbelastungen den politischen Spielraum im Land. Finanzielle Lücken werden meist durch Einsparungen bei scheinbar weniger akuten Positionen ausgeglichen oder durch zusätzliche Schuldenaufnahme abgedeckt. Die vielzitierten Investitionen in die Zukunft bleiben dabei als erstes auf der Strecke: ökologische, bildungspolitische, kulturelle und andere zukunftsorientierte Programme finden sich in den Etats nur noch am Rande berücksichtigt. Eine Position im Staatshaushalt steigt jedoch kontinuierlich an: die Aufwendungen für die Staatsverschuldung. Allein der Bund schiebt einen Schuldenberg von nahezu 800 Milliarden Euro vor sich her. Bedrohlich scheint diese Verschuldung momentan weder für unser politisches noch wirtschaftliches System zu sein, sicher wird aber der Handlungsspielraum von Jahr zu Jahr geringer. Ein weiteres viel diskutiertes Sorgenkind ist die gesetzliche Rentenversicherung. Ob die neueste Reform zur Finanzierung und Sicherstellung von Rentenzahlungen dem demographischen Druck standhält, wird die Zukunft zeigen. Das Anliegen der jungen Generation bei diesen Problemstellungen besteht nicht aus einer Art Vergangenheitsbewältigung in Form von Schuldzuweisungen, wie auf politischer Ebene gerne praktiziert. Unser Anspruch ist die Entwicklung und Umsetzung generationengerechter Konzepte, welche unabhängig von Legislaturperioden und parteipolitischen Auseinandersetzungen den Anforderungen der Zukunft gerecht werden. Trotzdem lassen wir zu Beginn des Heftes erstmals Politiker zu Wort kommen: Bundesfinanzminister Hans Eichel erläutert, wie er durch Ausgabenbegrenzung einen ausgeglichenen Haushalt bis 2006 vorlegen will. Dietrich Austermann (CDU) gibt die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Verschuldungss-

situation wieder. Im Anschluss werden wissenschaftliche Beiträge die zwei großen Themenbereiche Staatsverschuldung und Rente ausleuchten. Ein Dankeschön an alle Autoren, die sich die Zeit nahmen, um unentgeltlich ihr fachliches Wissen in diese Ausgabe einzubringen. Viel Spaß beim Bilden der eigenen Meinung!

Guido Grasmuck

SRzG:

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein gemeinnütziger Think-Tank mit den Satzungszielen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Sie berät Politiker und Unternehmer und gibt allgemeinverständlich geschriebene Bücher und Positionspapiere heraus. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören u.a. Ökologie, Rentenversicherung, Bildung, Bevölkerungsentwicklung, Arbeitslosigkeit und Gentechnik.

Die SRzG organisierte zahlreiche Kongresse und Tagungen, darunter den größten Jugendkongress auf der Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover. Durch einen Generationengerechtigkeits-Preis in Höhe von 7500 € regt die SRzG junge Wissenschaftler an, sich mit Zukunftsthemen zu beschäftigen. Für Ihre Arbeit wurde die SRzG im Mai 2000 mit der Theodor-Heuss-Medaille und im November 2001 mit der Bürgermedaille der Stadt Oberursel ausgezeichnet. www.srzg.de

Yoïs-Europe:

Youth for Intergenerational Justice and Sustainability Europe (YOIS-Europe) ist eine europäische Jugendorganisation (Altersgrenze für Vorstandsämter: 32 Jahre) mit dem Ziel, die Rechte komkommender Generationen und der heutigen Jugend zu sichern. Wie die SRzG ist auch YOIS überparteilich. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen erwirken YOIS'ler einen Bewusstseinswandel hin zu mehr Nachhaltigkeit in Europa und fördern damit zugleich die europäische Integration. Jährliche Projekte sind die Rally der Jugend und der Europäische Jugendkongress. In gemeinsamen Arbeitskreisen mit der SRzG wird inhaltlich über generationengerechte Politik diskutiert. Als Verein besitzt YOIS offene Strukturen, Mitglieder können auf globaler, europäischer, nationaler oder lokaler Ebene aktiv werden.

www.yois-europe.org

Sie sprechen
mit Ihrer Anzeige
6000 Meinungsbilder
in Deutschland an!
Besser können Sie nicht für
sich werben!
Seitenpreis □ 1000,-

Das ganze Jahr
dabei □ 750,-
(pro Ausgabe)

Nebenbei fördern Sie unsere
gemeinnützigen Ziele

Rufen Sie mich an:



Claudia Bitzer
E-Mail: info@srzg.de
Telefon 06171/982367
Telefax 06171/952566

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Adresse siehe Redaktionsanschrift.

Chefredaktion: Jörg Tremmel, Guido Grasmuck.

Redaktion: Fabian Johr, Alice Altissimo, David Lübeck, Robert Jäckle, Yamina Ehrt, Ulf Kurz, Martin Viehöver, Kathie Klausch, Wolfgang Gründinger, Birgit Müller, Sonja Weber
Layout: Malte Husmann, Claudia Schindler.

Konzept und Umsetzung: Jörg Tremmel

Druck: Anja Reisner, An den Drei Hasen, 61422 Oberursel.

Verlag: Eigenverlag, Oberursel, Adr. siehe Redaktion.

Redaktionsanschrift: SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel,

Tel.: +49 (0) 61 71-98 2367,

Fax +49 (0) 61 71-95 2566,

E-Mail: info@srzg.de, www.srzg.de

ISSN: 1617-1799, Auflage 6000 Exemplare.

Die Zeitschrift **GENERATIONENGerechtigkeit!** wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint viermal jährlich. Das Jahresabonnement beträgt □ 15,-. Für Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS ist der Jahresbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der Stiftung und des Vereins wieder. Bei korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplares ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

Deshalb gibt es für mich keine Alternative zu einer schrittweisen Reduktion der Staatsverschuldung.

Erfolge der Finanzpolitik

Ein kurzer Rückblick sei erlaubt. Die Bundesregierung Schröder hat eine schwierige Ausgangsposition vorgefunden. Betrug die Verschuldung 1982 noch 160 Mrd. €, so waren es 1998 bereits 743 Mrd. €. Fast jede vierte Steuermark wurde direkt von Zinsen aufgefressen. So ging es nicht weiter. Deshalb mussten spürbare Konsolidierungsschritte unternommen werden. Dies gelang im Zukunftsprogramm 2000 mit einem Volumen von rd. 15 Mrd. € ansteigend auf rd. 24 Mrd. € 2004. Um die Größenordnung dieser Konsolidierungsschritte sich zu verdeutlichen, sollte man sich das Gesamtvolumen des

schuldung des Bundes Schritt für Schritt abbauen. Unser Ziel bleibt ein ausgeglichener Bundeshaushalt im Jahre 2006.

Ausgabenbegrenzung und Verbesserung der Qualität der Ausgaben

Um dies zu erreichen, gibt es einen klaren Königsweg. Er besteht in einer strikten Begrenzung des Ausgabenwachses. Der Finanzplanungsrat hat hierfür bereits seit längerem eine Obergrenze von maximal 2 % vorgegeben. Diese wird vom Bund spürbar unterschritten. Im Finanzplanungszeitraum bis 2005 beträgt die durchschnittliche Zuwachsrate nur 0,8 %. Der etwas höhere Zuwachs von 1,6 % im Jahre 2002 ist Ergebnis eines Sondereffekts im Bereich des Bundesisenbahnvermögens. Ohne Sonderfaktoren sinken die Ausgaben 2002 gegenüber 2001. Wichtig ist die langfristige Wirkung niedriger Zuwachsraten, die unter dem nominalen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Nicht nur der Finanzierungsbedarf des

gislaturperiode insgesamt um 41 € auf 154 € monatlich verbessert worden. Insgesamt werden damit 2002 34,5 Mrd. € an Kindergeldleistungen gewährt. Von zentraler Bedeutung für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit ist zudem die Verstärkung im Bereich Bildung und Forschung. Die Mittel hierfür werden im Bundeshaushalt entgegen des Trends 2002 um 2,7 % verstärkt. Gegenüber 2000 beträgt der Zuwachs sogar 12 %. Demgegenüber werden die Finanzhilfen für Subventionen im Zeitraum 1999 bis 2002 um 24,5 % gekürzt. Damit ist klar: Auch innerhalb des engen Korsetts der Haushaltskonsolidierung stärkt die Bundesregierung die Qualität des Haushalts.

Auch bei scharfem konjunkturellen Gegenwind auf Kurs

Konsolidierung ist bei guten konjunkturellen Rahmenbedingungen einfach. Gerade in einer schwierigen konjunkturellen Situation beweist sich aber die Standfestigkeit der Politik. Und wer könnte dies leugnen, wir befinden uns mit der gesamten Weltwirtschaft in einer schwierigen Situation. Vor einem Jahr sah das noch ganz anders aus. Nervosität und Hektik prägen in einer solchen Situation eine Vielzahl von Vorschläge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland. Gerade jetzt braucht Deutschland aber eine Politik, die kurzfristig die Konjunktur nicht verunsichert und zugleich langfristig die Erwartungen stabilisiert. Nur so gewinnen wir zukünftig Handlungsfähigkeit zurück, die uns sicherer macht, in Zukunft besser für schwierige Zeiten gerüstet zu sein.

Deshalb kann ein Ausweichen in eine hohe Neuverschuldung durch ungedeckte Steuersenkungen oder Ausgabenprogramme nicht die richtige Antwort sein. Denn nur bei einer soliden Haushaltspolitik in Deutschland als dem größtem Land der Europäischen Union geben wir der Europäischen Zentralbank den Spielraum für eine Geldpolitik, die die Chancen zur Wachstumsstärkung nutzt. Eine solide Finanzpolitik ist auch die Basis für die Akzeptanz des Euros bei den Bürgern. Unser klarer Konsolidierungskurs seit 1999 hat uns zudem den Spielraum gegeben, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Denn so eindeutig zusätzliche Ausgabenprogramme und zusätzliche Steuersenkungen abzulehnen sind, so eindeutig werden wir auch die Konjunktur nicht durch prozyklische zu-



Bundeshaushalts betrachten. Die Ausgaben werden 2002 knapp 248 Mrd. € betragen. Es handelt sich also um Kürzungen von fast 10 % der Ausgaben!

Durch diese strikte Konsolidierungspolitik ist es gelungen, erste wichtige Schritte auf dem Weg zur Begrenzung der Verschuldung zu gehen. Die Neuverschuldung konnte kontinuierlich gesenkt werden. Betrug sie 1998 noch 28,9 Mrd. €, konnte sie bis 2000 auf 23,8 Mrd. € gesenkt werden. Trotz der konjunkturellen Schwäche wird es gelingen, auch 2002 weiter auf Kurs zu bleiben und die Verschuldung auf 21,2 Mrd. € zu begrenzen. Wir werden die Neuver-

Staates sinkt kontinuierlich, auch der Staatsanteil wird schrittweise gesenkt. So gewinnen Bürger und Unternehmen Spielraum zurück; Spielraum, der angesichts der oben aufgezeigten demographischen Entwicklung auch zur eigenständigen Absicherung gegen diese Risiken genutzt werden sollte.

Nachhaltige Finanzpolitik beschränkt sich jedoch nicht auf Sparen. Nachhaltigkeit bedeutet auch, dass Schwerpunkte für zukunftssträchtige Aufgabenfelder gesetzt werden. Besonders wichtig sind in diesem Zusammenhang die Verbesserungen im Familienleistungsausgleich. Das Kindergeld ist in der laufenden Le-

sätzliche Einsparungen belasten. Die Bundesregierung wird ihrer konjunkturellen Verantwortung voll gerecht. Sie schafft so auch Sicherheit für die Handelnden auf den Märkten. In diesem Zusammenhang ist auch eine Nutzung von Privatisierungserlösen zur Begrenzung der Neuverschuldung 2002 angebracht. Ein kurzer Blick zurück sei dabei gestattet: 1998 waren rd. 10 Mrd. □ Privatisierungserlöse im Haushalt von Herrn Waigel erforderlich, um die Neuverschuldung bei 28,9 Mrd. □ zu halten. 2002 werden rd. 2,75 Mrd. □ eingesetzt, um die Nettokreditaufnahme auf 21,2 Mrd. □ zu begrenzen. Und dies bei einer deutlich schlechteren konjunkturellen Situation! Dies zur Stichhaltigkeit der Kritik der Opposition. Mancher Übergangsprophet von heute rechnete dem Bundesfinanzminister übrigens noch

Anfang 2001 vor, wie der Bund im Geld schwimme. Gegen diese Beliebigkeit setzt die Bundesregierung „Stetigkeit statt Aktionismus“, um den Sachverständigenrat zu zitieren.

Fazit

Die Bundesregierung bleibt trotz der konjunkturellen Risiken klar auf dem Konsolidierungskurs. Das Ziel des ausgeglichenen Bundeshaushalts 2006 wird aufrecht gehalten. Konsolidierungspolitik ist kein Sprint, sondern ein Marathonlauf. Der Erfolg wird umso größer sein, je länger wir bei einer strikten Politik der Ausgabenbegrenzung bleiben. Eine sparsame und zugleich gestaltende Finanzpolitik ist die Basis eines aktivierenden Staates für unsere Kinder und Enkel und damit ein Meilenstein für mehr Generationengerechtigkeit. Der

Haushalt 2002 und der Finanzplan bis 2005 sind weitere Schritte auf diesem Weg.



Finanzminister Hans Eichel

Staatsverschuldung in Deutschland

Wie ist sie entstanden? - Wie kann sie zurückgeführt werden?

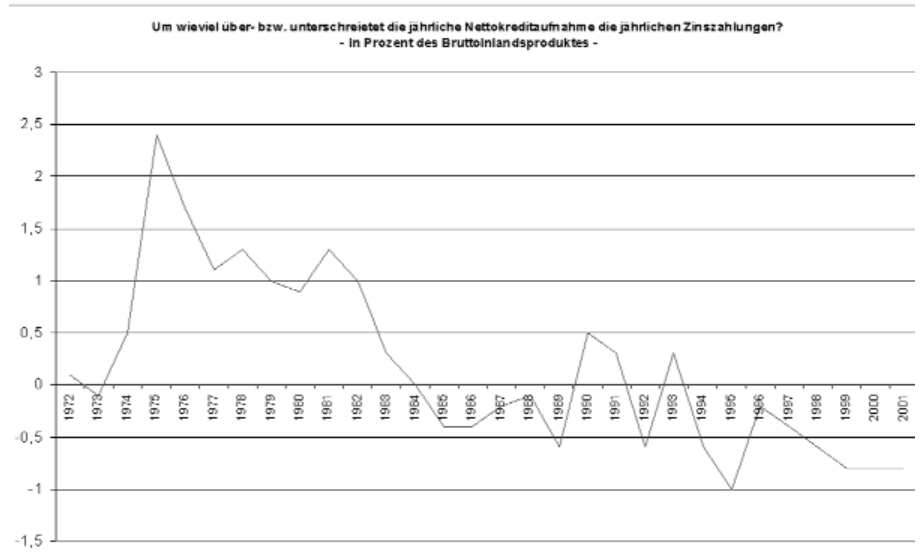
von Dietrich Austermann, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Haushalt und der Landesgruppe Schleswig-Holstein der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bundeskanzler Schröder und Finanzminister Eichel klagen über den von der Vorgängerregierung hinterlassenen Schuldenberg. Ist das nur das übliche Klagelied jeder neuen Regierung, oder ist der Vorwurf substantiell begründet? Richtig ist: Die Schulden des Bundes belaufen sich heute alles in allem auf rd. 774 Mrd. □, sie kosteten den Finanzminister im letzten Jahr etwa 40 Mrd. □ Zinsen.

Wer weniger Schulden macht, als er zur Bedienung der Zinsen für die Schulden der Vorgänger braucht, hat einen Einstieg in die Konsolidierung der Staatsfinanzen geschafft. Wer mehr Schulden macht, gibt nicht nur die alten Schulden mit neuen Zinsen weiter, sondern erhöht darüber hinaus willkürlich die Schuldenlast. Man kann also den Anteil der verschiedenen Regierungen an der Entstehung der Schulden zunächst danach ermitteln, wer jeweils mehr - oder weniger - Schulden gemacht hat, als zur Bedienung der Zinsen erforderlich war.

Wann und wofür wurden Deutschlands Schulden gemacht?

den 1969 nur knapp über 45 Mrd. DM Schulden in den Büchern. Das waren nur 7,6 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP, Summe aller Leistungen der Einwohner



Zweierlei zeigt die Grafik deutlich: Vor Helmut Schmidt gab es praktisch keine Schulden.

Nach Helmut Schmidt (1982) - also schon im ersten Regierungsjahr

Helmut Kohls - begann der Kampf gegen die Schulden.

Geld macht nicht korrupt.
Kein Geld schon eher.

Dieter Hildebrandt (*1927),
deutscher Kabarettist
und Schauspieler

Der Wiederaufbau (1949 - 1969)

Nach den ersten 20 Jahren der Bundesrepublik - unter den CDU-Kanzlern Adenauer, Erhard und Kiesinger - stan-

der Bundesrepublik; 1969 rund 597 Mrd. DM). In dieser Zeit wurde nicht nur der Wiederaufbau nach dem Krieg bezahlt, sondern z.B. auch erhebliche Wiedergutmachungsleistungen für die Opfer der Nazi-Verbrecher. Zu den außer-

gewöhnlichen Belastungen jener Zeit gehörten auch die Altschulden des Deutschen Reiches, die Adenauer zur Festigung der Kreditwürdigkeit der jungen Bundesrepublik übernommen hatte.

Der Sozialstaat setzt Fett an (1969 - 1982)

In der Zeit der sozial-liberalen Koalition explodierten die Schulden geradezu: Bis 1982 stiegen sie fast auf das Siebenfache, auf über 308 Mrd. DM; das waren 19,4 % des BIP von 1588 Mrd. DM. In dieser Zeit verdreifachten sich die jährlichen Sozialausgaben von knapp 25 auf rund 87 Mrd. DM. In diese Zeit fielen die sogenannten „Ölkrisen“ von 1973 und 1976, deren Folgen - vor allem zunehmende Arbeitslosigkeit - Helmut Schmidt mit schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen erfolglos bekämpfte. Die Zinsen hatten sich von nur 2,2 Mrd. DM im Jahr 1969 in der Zeit von Brandt und Schmidt auf über 26 Mrd. DM im Jahr 1983 verdreizehnfacht; ihr Anteil am Bundeshaushalt war dabei von rund 2,7 % auf das Vierfache, fast 11 % gestiegen.

Arbeit und Wachstum (1983 - 1989)

Die Schulden stiegen auf gut 490 Mrd. DM; ihr Anteil am BIP war nur um 1,1 %-Punkte auf 20,5 % (BIP 1989: 2224 Mrd. DM) gestiegen, weil die Regierung Helmut Kohl seit 1984 Jahr für Jahr weniger neue Schulden machte, als sie an Zinsen für den von der SPD übernommenen Schuldenberg zahlen musste. In den alten Bundesländern entstanden unter der Regierung Helmut Kohl bis 1990 drei Millionen neue Arbeitsplätze und die dreistufige Steuerreform von Finanzminister Stoltenberg brachte den Bürgern und Unternehmen Entlastungen von insgesamt 112 Mrd. DM.

Die Vereinigung (1990 - 1998)

Die Bundesschulden stiegen weiter auf 954,4 Mrd. DM bzw. 25,4 % des BIP von 3758 Mrd. DM (1998). In dieser Zeit zahlte der Bund für die neuen Bundesbürger und für den Aufbau in den neuen Ländern insgesamt rund 591 Mrd. DM - netto, d.h. nach Abzug der Steuern und sonstigen Einnahmen des Bundes in bzw. aus den neuen Ländern.

Neben den Bundesschulden gibt es noch die sogenannten „Sonderrechnungen des

Bundes“, die zusammengekommen Ende 1998 rund 500 Mrd. DM Schulden auswiesen. Die beiden größten Sonderrrechnungen, die Ende 1998 Schulden von rd. 386 Mrd. DM enthielten, sind der „Erblastentilgungsfond“ (ELF) und der „Fonds Deutsche Einheit“ (FDE). Beide Fonds sind im Zusammenhang mit der Finanzierung der Deutschen Einheit entstanden.

Mit den Mitteln des „Fonds Deutsche Einheit“ (FDE) wurden (bis 1994) z.B. Sozialhilfe und Straßenbau, aber auch Lehrer und Polizisten in den neuen Ländern bezahlt - also keine Bundesaufgaben, sonder Länderaufgaben, nämlich die der neuen Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie Berlin (hinsichtlich „Ost-Berlins“).

Im „Erblastentilgungsfond“ (ELF) sind vor allem die Schulden der ehemaligen Treuhandanstalt und des Kreditabwicklungsfonds zusammengefasst. Beide dienten dem Aufbau einer konkurrenzfähigen Wirtschaft im Osten Deutschlands; sie dienten damit vor allem auch der Schaffung dauerhaft konkurrenzfähiger Arbeitsplätze. Das ist an sich eine Aufgabe der Unternehmer und Banken. Weil es die in der ehemaligen DDR aber nicht gab, musste der Bund diese Aufgabe übernehmen - mit allen Unzulänglichkeiten, die sich ergeben müssen, wenn der Staat eine Aufgabe anfasst, für die er nicht geschaffen ist. Weil beide

Es ist schwer, die Welt verbessern zu wollen mit dem Geld der Leute, die die Welt in Ordnung finden.

*Wolfgang Staudte (1906-1984),
dt. Filmregisseur*

Fonds nicht der Finanzierung regulärer Aufgaben des Bundes dienten, war es richtig, ihren Schuldenstand gesondert zu verzinsen, zu tilgen und nicht mit der Bundesschuld zu vermengen.

Zwischen 1982 und 1998 waren die alten Schmidt-Schulden von rund 308 Milliarden DM aber nicht verschwunden, sondern mussten Jahr für Jahr mit rund 20 bis 50 Mrd. DM Zins und Zinsszins bedient werden. Hätte sich die Regierung Schmidt so verhalten wie später die Regierung Kohl, läge der Schuldenstand des Bundes heute um etwa zwei Drittel niedriger.

Darüber will die SPD heute nicht reden. Sie will auch nichts mehr davon wissen, dass sie jeden Versuch der Regierung Kohl, die konsumtiven Bundesausgaben

zu verringern, als "soziale Kälte", "Kahlschlagpolitik" und ähnlich denunziert und im Bundesrat torpediert hat. Wahr bleibt aber: Enkel Gerhard Schröder muss heute vor allem die Schulden von Opa Helmut Schmidt abtragen.

Was hat Rot-Grün tatsächlich getan?

Trotz aller gegenteiligen Bekundungen der rot-grünen Bundesregierung haben sich beide Probleme in den vergangenen Jahren weiter verschärft. Obwohl die Steuereinnahmen des Bundes 2002 um über 20 Mrd. □ über denen des Jahres 1998 liegen, macht der Bund - wie in den vergangenen Jahren - wiederum neue Schulden im kaum veränderten Umfang von mindestens 20 - 25 Mrd. □ Selbst nach der optimistischen Perspektive der Finanzplanung von Finanzminister Eichel wird der Schuldenstand Deutschlands sich zwischen 1998 und 2005 - nach Abzug der rd. 50 Mrd. □ UMTS-Versteigerungserlöse - von 743 Mrd. □ um weitere 70 Mrd. □ auf über 812 Mrd. □ erhöhen. Das gesamtstaatliche Defizit Deutschlands bewegt sich z.Z. gefährlich nahe am „Maastricht-Kriterium“ von 3 % des BIP. Das jetzt ausgegebene Ziel eines ausgeglichenen Gesamthaushaltes bis 2004 ist angesichts der lahmen Konjunktur und der unterbliebenen Strukturreformen völlig utopisch.

Trotz der Ökosteuer und des mit Teilen daraus finanzierten zusätzlichen Bundeszuschusses zur Rentenversicherung sinkt der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) nur vorübergehend und längst nicht in dem von der Bundesregierung angekündigten Ausmaß. Die von der Bundesregierung eingeführten Beiträge für Kindererziehungszeiten verschärfen das Strukturproblem noch: Da die Beiträge für Kindererziehungszeiten, wie alle anderen Beiträge auch, der Finanzierung der aktuellen Renten dienen, müssen die Kinder, für deren Erziehung heute die Beiträge des Bundes angeblich gezahlt werden, die entsprechend erhöhten Renten für ihre Mütter später selbst erarbeiten und finanzieren.

Wie kann die Staatsverschuldung zurückgeführt werden?

Staatsverschuldung und Alterssicherung sind eng miteinander verbunden: Rechnet man die Ausgaben des Bundes für die

allgemeine Rentenversicherung, die Knappschaftsversicherung der Bergarbeiter, die Kriegsoffer sowie die Beamtenversorgung zusammen, wird offenbar, dass etwa die Hälfte aller Bundesausgaben auf den Sektor Alterssicherung entfallen. In Deutschland schrumpft die Bevölkerung, wir haben eine offene und verdeckte Unterbeschäftigung von 5 - 6 Millionen Menschen. Überreglementierungen in vielen Bereichen und zu hohe Abgaben drücken die Wachstumsrate auf bestenfalls noch 1 - 2 Prozentpunkte. Deutschland wird im Vergleich zu anderen Industrienationen Jahr für Jahr etwas ärmer. Die Probleme sowohl der öffentlichen Haushalte als auch der Alterssicherungssysteme können durch Deregulierung und langfristig mehr Wachstum, durch hart an den Interessen Deutschlands ausgerichtete Zuwanderung ein Stück weit gemildert werden. Auch eine höhere Erwerbsbeteiligung der Frauen und ein späterer faktischer Renteneintritt können die Probleme spürbar entschärfen. Dennoch werden wir um eine grundsätzliche Neuausrichtung der Alterssicherung nicht herumkommen: Die Bemessungsgrundlage für die Beiträge muss über die Bruttolohn- und Gehaltssumme hinaus erweitert werden; nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern praktisch alle Erwerbstätigen (und Erwerbseinkommen) müssen in die Rentenversicherung einbezogen werden; außerdem müssen größere Teile der Alterseinkommen im Kapitaldeckungsverfahren finanziert werden. Klar ist, dass der Prozess des Umbaus der Alterssicherung mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird.

Was ist zu tun?

Die Reform der sozialen Sicherungssysteme ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, um den Bundeshaushalt und damit auch die Staatsverschuldung langfristig in den Griff zu bekommen. Bürokratische Hemmnisse z.B. auf dem Arbeitsmarkt, bei der Planung und Genehmigung von Investitionen, in der Forschung müssen abgebaut werden. Die aufgeblähten Bürokratien müssen auf ein den notwendigen Aufgaben angepasstes Maß zurückgestutzt werden. Der Subventionsabbau, von dem Rot-Grün nur redet, muss nicht nur zur Sanierung der Haushalte, sondern auch zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen ernsthaft in Angriff genommen werden. Bei den Ausgaben muss wirklich gespart werden; die Hälfte von Hans Eichels „Sparpaket“ bestand dagegen aus Luftbuchungen und Lastenverlagerungen auf Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Nach dem Regierungswechsel und einem darauf folgenden Kassensturz muss aber auch eine deutliche Steigerung der öffentlichen Investitionen, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Bildung angegangen werden. Ebenso erforderlich ist eine wachstumsfreundliche, d.h. eine vor allem den arbeitsplatzschaffenden Mittelstand nicht benachteiligende Steuerpolitik. Eine durchgreifende und nachhaltige Sanierung der Haushalte und eine langfristige Rückführung des Schuldenstandes werden nur gelingen, wenn strukturelle Reformen einerseits zu einer Verminderung der Haushaltsbelastungen durch soziale Zwecke führen und andererseits - gleichzeitig - die wirtschaftlichen Kräfte

soweit "entfesseln", dass Deutschland langfristig einen höheren Wachstumspfad, d. h. ein langfristig durchschnittlich höheres jährliches Wachstum des BIP erreicht. Dann wird der Ausstieg aus einer regelmäßigen Neuverschuldung und der mittelfristige Einstieg in eine regelmäßige Schuldentilgung erreichbar. Vor den hierfür notwendigen, vorstehend bruchstückhaft skizzierten tiefgreifenden strukturellen Veränderungen schreckt die rot-grüne Bundesregierung zurück, nicht zuletzt aus Gründen der Rücksichtnahme gegenüber den ebenfalls reformunwilligen Gewerkschaften. Diese Politik, die Deutschland immer ärmer und die Probleme immer größer macht, ist weder wirtschaftsfreundlich noch sozial. Mit ihr ist ein Abbau der Staatsverschuldung nicht möglich.



*Dietrich Austermann,
Haushaltsexperte der CDU/CSU-
Fraktion im Deutschen Bundestag*

GELD
&
LEBEN

Ökobank für ethisch-
ökologische Geldanlagen

ONLINE-GIROKONTO: ZAHLUNGSVERKEHR RUND UM DIE UHR

Ja, ich interessiere mich für

- ☐ die Angebote der Ökobank im Überblick
- ☐ das Online-Girokonto (Gehaltskonto)
- ☐ ökologische Investmentfonds

Vorname Name
Straße PLZ, Ort
Tel. privat Tel. geschäftlich
eMail

Tel. (069)25610-163 · Fax (069)25610-219
info@oekobank.de · www.oekobank.de



Ist Staatsverschuldung ein Unrecht gegenüber kommenden Generationen?

Prof. Dr. Norbert Walter
Chefvolkswirt der Deutschen Bank



(+/-) Unentschieden

Staatsverschuldung ist nicht gut oder böse. Sie kann eine günstige Bedingung für kräftiges Wachstum und damit Grundlage für ein besseres Leben künftiger Generationen sein. Sie kann aber auch Reflex einer allzu gierigen heutigen Generation sein, die etwas konsumieren will, wovon sie das Einkommen durch marktgerechte Produktion nicht erworben hat. Freilich kann auch durch unproduktive Investitionen, die nicht periodengerecht mit Steuereinnahmen finanziert sind, künftigen Generationen eine unfaire Last aufgebürdet werden; denn solchen Ausgaben entsprechen keine höheren Einnahmepotentiale des Staates in der Zukunft.

Wie nun ist Staatsverschuldung und ihre massive Erhöhung seit den 70er Jahren in den meisten europäischen Ländern und bei uns in Deutschland zu beurteilen? Hier werden Sozialausgaben, Subventionen für Industrien des vorletzten Jahrhunderts und überhöhte Verwaltungsapparate finanziert und nur zum sehr geringen Teil rentable staatliche Investitionen auf den Weg gebracht. Damit ist Staatsverschuldung zumeist nicht Chancenbegründung, sondern Belastung für die Jungen zugunsten der Alten, wegen der Verschwendung von Investitionsmitteln für Projekte, die nichts oder wenig taugen.

Foto von: www.norbert-walter.de

Ulrich Ramm
Chefvolkswirt der Commerzbank AG, Frankfurt/M



(+) Zustimmung

Wenn Regierungen Projekte finanzieren wollen, von denen auch spätere Generationen profitieren (z.B. Infrastruktur),

erscheint es grundsätzlich angemessen, diese durch Kreditaufnahme an der Finanzierung zu beteiligen. Die Kreditfinanzierung von Konsumausgaben beispielsweise im Rahmen der Konjunktursteuerung scheidet dagegen aus und wäre in der Tat ein „Unrecht“. Allerdings setzen selbst bei Investitionen die heutigen Politiker die Prioritäten.

Wenn jedoch wie in Deutschland ein Staat bereits unter einer hohen Verschuldung leidet und zugleich eine deutliche Verschlechterung im Altersaufbau zu gewärtigen hat, sollten selbst bei der Kreditfinanzierung von Investitionen strenge Maßstäbe angelegt werden.

Fazit: Staatsverschuldung an sich ist kein Unrecht; es kommt auf die Rentabilität der Projekte und die Höhe der Schulden an. Gerade unter letzterem Aspekt ist die Vorgabe eines ausgeglichenen Haushaltes im Stabilitätspakt ein Beitrag zu einer „gerechten“ Staatsfinanzierung.

Dr. Klaus Friedrich
Chefvolkswirt Allianz Gruppe und Dresdner Bank



(+/-) Unentschieden

In den nächsten 30 bis 40 Jahren wird - mit der Alterung der Bevölkerung - der staatliche Finanzierungsbedarf in Relation zum Bruttoinlandsprodukt deutlich steigen. Dass hierdurch künftige Generationen in unfairer Weise belastet werden, ist eine verbreitete Ansicht. Doch ist die begriffliche Abgrenzung von gegenwärtigen und kommenden Generationen überhaupt sinnvoll? Und welche Lasten werden wirklich in die Zukunft verlagert? Von Investitionen in eine bessere Wirtschaftsstruktur profitiert auch die kommende Generation. Finanziert man andererseits demographisch bedingte Ausgabensteigerungen beim Staatskonsum durch zunehmende Verschuldung, dürfte sich dies bereits innerhalb weniger Jahre negativ auf private Investitionen und das Wachstum der Wirtschaft auswirken. Betroffen wären dabei nicht nur

kommende Generationen, sondern auch alle noch lebenden Jahrgänge. Verteilungsprobleme lassen sich offenbar nicht einfach auf künftige Generationen verschieben. Diese Probleme sind vielmehr heute und in naher Zukunft zwischen allen gemeinsam zu lösen: zwischen Jungen und Alten, Steuerzahlern und Beitragszahlern sowie zwischen Alleinstehenden und Familien. Wir brauchen einen neuen Konsens über das heute Notwendige und Finanzierbare.

Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des Bundes der Steuerzahler



(+) Zustimmung

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Derzeit wächst der Schuldenberg Deutschlands in jeder Sekunde um 1.333 Euro. Am Ende dieses Jahres wird damit die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden einen Stand von 1.256.834.218.057 Euro erreicht haben. Würden ab sofort keine Schulden mehr aufgenommen und würde die öffentliche Hand gesetzlich verpflichtet, jeden Monat eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen, so würde dieser Prozess mehr als 100 Jahre lang andauern, um den Schuldenberg abzutragen.

Doch davon kann keine Rede sein. Der Staat verschuldet sich im Jahre 2002 voraussichtlich um weitere 42 Milliarden Euro. Und was für jede Privatperson gilt, gilt selbstverständlich auch für den Staat: Wer Schulden macht, muss Zinsen zahlen. Schon heute müssen Bund, Länder und Gemeinden jeden sechsten Euro für Schuldzinsen ausgeben - damit wird also noch nicht einmal ein Euro der Schuld getilgt. Dieses Geld fehlt an anderer Stelle, um die eigentlichen Aufgaben des Staates zu finanzieren.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen, denn die Schulden, die der Staat heute macht, müssen wir und vor allem uns nachfolgende Generationen später in Form von Steuern zurück zah-

Ist Staatsverschuldung ein Unrecht gegenüber kommenden Generationen?

len. Diese Realität bekommt zusätzliche Brisanz, bedenkt man, dass etwa der Bund in 2001 rund 89 Prozent seiner Ausgaben für Konsumzwecke verwendete. Andere müssen also später einen Großteil dessen zurückzahlen, was wir heute konsumieren. Davon aber haben nachkommende Generationen somit keinen Nutzen mehr, wie dies bei Investitionen der Fall wäre. Im Sinne einer echten intergenerativen Gerechtigkeit ist es folglich höchste Zeit, mit der Tilgung unserer Schulden zu beginnen.

Finanzpolitik ist der hartnäckige Versuch aus einer Einliterflasche zwei Liter auszuschenken.

Manfred Rommel, geb. 1928
CDU Politiker

Jörg Tremmel
Vorstand der
SRzG

⊕- Unentschieden



Generationengerechte Finanzpolitik lässt kommenden Generationen mindestens so viele Chancen auf Befriedigung ihrer Wünsche wie sie die heutigen Generationen besitzen. Wichtig ist bei Staatsverschuldung also die Frage, ob dadurch die Freiheitsgrade zukünftiger Individuen eingeschränkt werden. Dies bedeutet:

Der Anteil der Staatseinnahmen, der für den Schuldendienst ausgegeben wird, darf langfristig nicht steigen. Denn wenn die heute herrschende Generation eine Finanzpolitik betreibt, als deren Folge der Anteil der Staatseinnahmen, den ei-

ne zukünftige Generation für Zins und Tilgung ausgeben muss, steigt, so nimmt sie der zukünftigen Generation ihre Freiheit. Dabei ist schon berücksichtigt, ob die Schulden für konsumtive oder investive Staatsausgaben gemacht werden. Der Anteil der Staatseinnahmen, der für den Schuldendienst verwendet wird, lässt sich finanzstatistisch recht gut mit der Zins-Steuer-Quote ausdrücken, da die Steuereinnahmen das Gros der Staatseinnahmen ausmachen. Diese Quote betrug 1990 für den öffentlichen Gesamthaushalt noch 11,4 Prozent, im Jahr 2002 wird sie voraussichtlich 15 Prozent betragen. Für den Bund lauten die entsprechenden Werte 12,4 Prozent in 1990 und 20 Prozent in 2002. D.h. plakativ gesprochen, dass der Bund 1990 jede achte Steuermark für Zinsen ausgeben musste, 2002 schon jede fünfte.

NECKURA Kombi-Spartarif

Schon mal was vom Kombi-Spartarif gehört?

So günstig können Sie bei uns fahren: Wer jetzt Auto und Motorrad bei uns versichert, hat doppelten Fahrspaß zum Sondertarif. Und außerdem eine ganze Reihe weiterer Vorteile, mit denen Sie die Kosten niedrig halten.

Bei Motorrädern:

- 30 % Beitragssatz möglich
- 45% für Einsteiger möglich, wenn bereits ein PKW versichert ist
- 5 % Kombirabatt für PKWs von Bikern

Bei PKWs:

- günstige Zweitwageneinstufung
- Prämiensparnisse für Garagen- und Zweitwagenbesitzer sowie Wenigfahrer
- Jungwagenrabatte für Fahrzeuge bis 5 Jahre
- spezielle Berufsgruppenrabatte



Sichern Sie sich die interessanten NECKURA Tarife!
Wir informieren Sie gerne. Rufen Sie an!

NECKURA Versicherungen
John-E.-Fisher-Str. 1 ■ 61440 Oberursel
Telefon: (0 61 71) 69 - 0 ■ Telefax: (0 61 71) 69 15 55
Internet: www.neckura.de ■ E-Mail: info@neckura.de

NECKURA
Die faire Versicherung

Offener Brief an die mittlere und ältere Generation

Sehr geehrte geburtenstarke Jahrgänge,

ich bin 20 Jahre alt und denke ernsthaft darüber nach, meinen Anteil am Vertrag meiner Generation mit Ihren Generationen zu kündigen und mir einen anderen Anbieter zu suchen.

Dies ist keine leichtfertige Überlegung, sondern Ergebnis einer langwierigen Abwägung, an deren Ende ich zu dem Schluss gekommen bin, dass dieser Vertrag in der bisherigen Form mit meinem Empfinden und Verständnis von Gerechtigkeit nicht mehr zu vereinbaren sind. Meine Generation und die nachfolgenden Generationen noch viel mehr werden systematisch wirtschaftlich benachteiligt. Die Gründe sind Ihnen hinreichend bekannt: Es wird immer mehr Menschen geben, die Ansprüche auf Zahlungen vom Staat haben werden, und immer weniger Menschen, die zur Finanzierung dieser Zahlungen vom Staat herangezogen werden können. Das führt unweigerlich dazu, dass die Schulden des Staates immer weiter steigen und dieser somit immer weniger seinen originären Pflichten nachkommen können.

Das, was heute unter sozial ungerecht verstanden wird, nämlich eine Chancengleichheit zwischen verschiedenen Mitgliedern der Gesellschaft, verschärft sich noch um ein Vielfaches, wenn dies auf zukünftige Generationen projiziert wird. Durch die zunehmende Verschuldung werden wir den zukünftig sozial Benachteiligten weniger helfen können, als wir heute den aktuell Benachteiligten helfen. Mit anderen Worten: Menschen, die heute „sozial bedürftig“ sind, werden von der Gesellschaft stärker unterstützt



als diejenigen, die morgen wirklich bedürftig sein werden. Das Problem der Verschuldung gefährdet also unsere Zukunft und muss dringend gelöst werden.

Explizite Verschuldung ist gar nicht so schlimm!

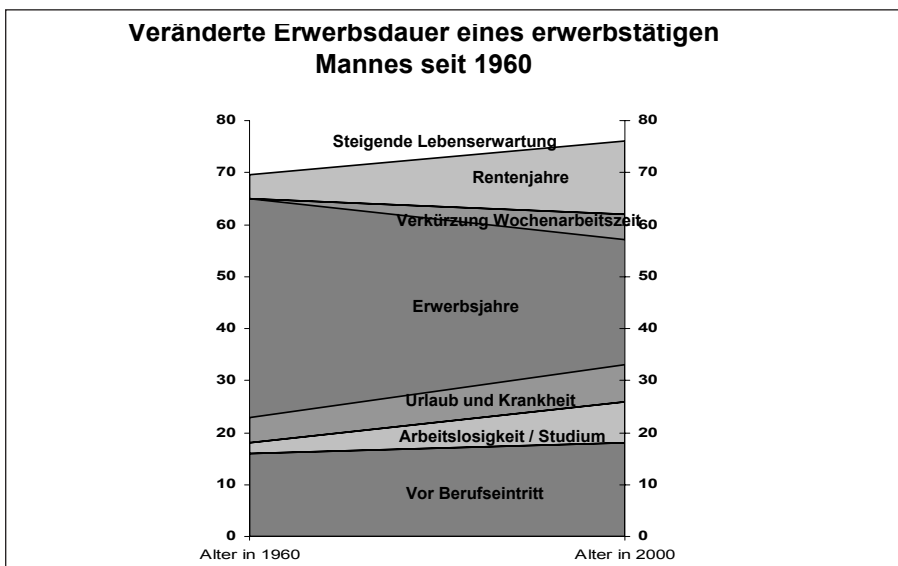
Wie Ihrer Generation schon bekannt, ist die Bundesrepublik Deutschland mit 1,2 Bio. □ (1200 Mrd. □) verschuldet. Diese „explizite“ Verschuldung bedeutet, dass Bürger, Unternehmen und Institutionen aus dem In- und Ausland dem Bund gegenüber verbrieft und verzinsliche Geldforderungen z. B. in Form von Staatsanleihen oder Bundesschatzbriefen haben. 1,2 Bio. □ entsprechen ca. 60 %

unseres Bruttoinlandproduktes, ziemlich genau der Grenze, die im Vertrag von Maastricht für die Gesamtverschuldung eines Staates festgelegt wurde. Eine hohe explizite Verschuldung an sich stellt kein Problem dar, wenn damit Investitionen finanziert werden, deren Rendite die Kosten der Verschuldung - also die Zinslast - übersteigt und somit uns in Zukunft zugute kommt. Das sehe ich für Deutschland leider nicht gegeben. Ich will kurz erklären, was ich damit meine, denn dieser Aspekt der deutschen Verschuldung wird in der Öffentlichkeit viel zu wenig diskutiert.

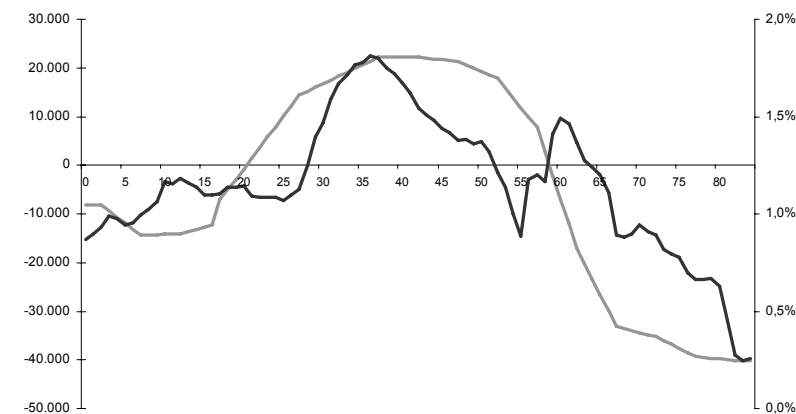
Die explizite Verschuldung entstammt den Haushaltsdefiziten von heute und gestern, die implizite Verschuldung den Haushaltsdefiziten von morgen. Dass diese kommen werden, ist heute schon klar.

Zahlungsstruktur der Bürger

Betrachten wir den einzelnen Bürger als Empfänger der Ausgaben und als Zahler der Einnahmen in eine große Kasse. Dessen Zahlungsstruktur ist aber über sein Leben hinweg sehr ungleichmäßig. Als Kind bekommt er vor allem Bildungsleistungen aus dieser Kasse, zusätzlich erzeugt er Kosten für seine Gesundheit, vor allem für die Geburt und die Behandlung der verschiedenen Kinderkrankheiten. Die Kinder zahlen aber noch nichts in die Kasse ein.



Zahlungssaldo und Bevölkerungsverteilung 2000



Quelle: Statistisches Bundesamt

Das Einzahlen beginnt meistens mit dem ersten Job, entweder mit 17 Jahren, wenn viele ihre Lehre beginnen, spätestens aber zwischen 25 und 30 Jahren, wenn die letzten ihr Studium beendet haben und ebenfalls anfangen zu arbeiten. Mit 59 Jahren gehen wir Deutschen im Durchschnitt in Rente - aus individueller Perspektive meist als berechtigt eingeschätzt, sind hier aus volkswirtschaftlicher Perspektive Zweifel erlaubt. Denn die absolute Dauer der Erwerbstätigkeit eines Durchschnittsbürgers von 42 Jahren seines Lebens im Jahre 1960 hat sich mittlerweile (im Jahr 2000) auf nur 26 Jahre seines Lebens verkürzt. Gleichzeitig hat sich die daran anschließende Lebensphase um mehrere Jahre verlängert. Heute sterben wir mit ca. 80 Jahren, 1960 lag die Lebenserwartung noch bei nur 70 Jahren.

Was das bedeutet, ist leicht zu erkennen. Die Grundlage auf der die alten Generationen 1957 den Generationenvertrag geschlossen haben, hat sich stark verändert. Damals sollte den Alten, die keine Möglichkeit gehabt hatten, privat anzusparen, ein würdiges und an das Gesamtwachstum gekoppeltes Einkommen garantiert werden. Im Gegenzug wurde den Jungen versprochen, auch für sie würde im Alter gesorgt. Das System baute darauf, dass die Bevölkerung der Deutschen auch weiterhin stetig wachsen würde.

Bevölkerungsentwicklung verschärft das Problem

Leider bekommen die Deutschen aber immer weniger Kinder, die in Zukunft die Einnahmen für den Staat erwirtschaften könnten. Im nachfolgenden

Schaubild stellt die hellgraue Linie die im vorangegangenen Absatz beschriebenen und dann saldierten Zahlungsströme dar. Die dunkelgraue Linie beschreibt die absolute Anzahl an Bürgern in jeder Alterskohorte (eine Kohorte sind hier alle Bürger eines bestimmten Alters, also z.B. alle 10-jährigen, oder alle 35-jährigen Bürger). Es ist leicht zu sehen, dass 2002 relativ viele von Ihnen, den 30 - 40-jährigen, leben, aber wenige über 65 und wenige unter 25 Jahre alt sind. Da die 30 - 40-jährigen die meisten Einnahmen erzeugen, die jungen und alten Kohorten aber vor allem Ausgaben, befinden wir uns heute in einer einmalig guten finanziellen Situation. Vermutlich werden wir in Zukunft nie wieder eine so gute Einnahmesituation haben wie heute.

Es lässt sich gut abschätzen, wie Deutschlands Einnahmesituation im Jahr 2027 aussehen wird. Dann werden nämlich Sie, die geburtenstarken Jahrgänge, die heute noch Geld verdienen und Steuern

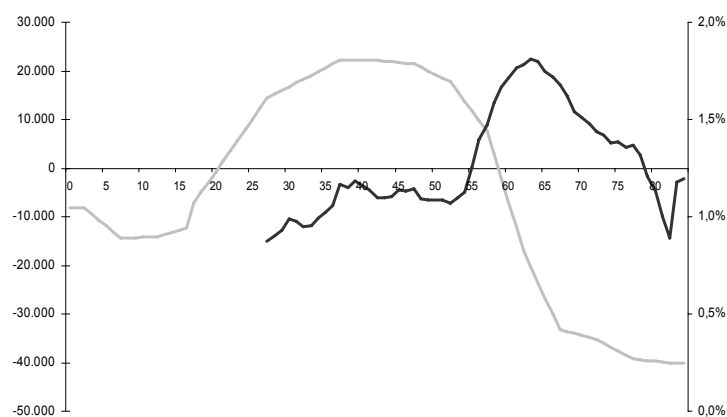
zahlen, langsam in Rente gegangen sein und zum Nettoleistungsempfänger werden. Aufgrund der Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau werden gleichzeitig in jeder nachfolgenden Generation 30% weniger Kinder geboren, so dass dann viel weniger Beitragszahler arbeiten werden als noch heute.

Gleichzeitig zum Absinken der Einnahmen werden, durch die hohe Zahl von Rentnern, die Ausgaben für Renten und für Gesundheit steigen. Dadurch werden sich die benötigten Beiträge zu den Sozialversicherungssystemen erhöhen. In der Krankenversicherung wird sich ein ähnliches Szenario entwickeln. Im aller günstigsten Fall steigen unsere Beiträge nur auf 18,5% des Gehalts, im ungünstigsten Fall sogar bis auf 25%.

Die Differenz der auf den heutigen Wert abgezinsten, zukünftig zu erwartenden Einkünfte (Steuern und Abgaben) und Zahlungen (Rente, Bildung, Gesundheit, soziale Absicherung, Infrastrukturmaßnahmen, um nur einige zu nennen) ergibt die implizite Verschuldung des Staates. Obwohl dieser Verschuldung keine „Schuldscheine“ im engeren Sinn zugrunde liegen, ist sie dennoch sehr real, denn die beschriebenen Kosten werden entstehen und müssen bezahlt werden. Aktuell liegt der Betrag der impliziten Verschuldung bei ca. 195% unseres Bruttoinlandsproduktes, ist also mehr als drei mal so hoch wie die explizite Verschuldung! Jedes Jahr wächst dieser Schuldenberg um weitere 200 Mrd. □, im Jahr 2020 wird die implizite Verschuldung schon über 450% des BIP betragen und weiter steigen.

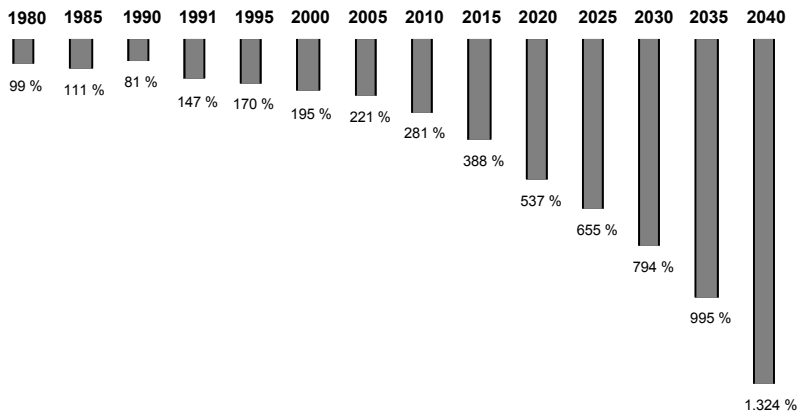
Allein die dadurch entstehende Zinsbelastung des Staates ist enorm. Jährlich müssen aktuell 40 Mrd. □ für Zinsen auf-

Zahlungssaldo und Bevölkerungsverteilung 2027



Quelle: Statistisches Bundesamt

Entwicklung der impliziten Verschuldung in Prozent des Wirtschaftsprodukts



gebracht werden. Dieses Geld fehlt an allen Ecken und Enden für sinnvolle Zukunftsinvestitionen.

Den Bürger trifft es besonders hart

Die beschriebene Entwicklung findet nicht völlig abgelöst von der Realität der Bürger statt, sondern betrifft uns ganz direkt, jeden Tag. Denn die Finanzmisere wirkt sich zweifach aus. Dadurch, dass immer mehr Geld in die Finanzierung der Schulden und in die Finanzierung von Renten, Gesundheit und Sozialsystem fließt, fehlt es auf der anderen Seite, um die notwendigen langfristigen Investitionen in Zukunftsprojekte zu tätigen. Kinder bekommen nicht die Ausbildung, die sie bekommen könnten, Schulen und andere öffentliche Gebäude werden nur noch unzureichend renoviert, Straßen nicht weiter ausgebaut. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Während also die Leistungen zurückgehen, müssen andererseits berufstätige Bürger immer mehr Steuern und Abgaben zahlen. Die Freiheit, selbst zu entscheiden, wofür sie ihr Geld investieren möchten, wird ihnen genommen.

Beitragssätze bis zu 25% in der Renten- und Krankenversicherung werden auch zukünftig nicht durchsetzbar sein. Auch die Steuern können kaum noch erhöht werden, sollen nicht Schwarzarbeit und Steuerflucht weiter verstärkt werden. Als Auswege bieten sich nur eine Steigerung des Wachstums oder eine weitere Erhöhung der Verschuldung an. Letzteres würde unsere Generation aber nur noch stärker belasten und das werde ich nicht hinnehmen.

Es gibt Lösungen, aber sie erfordern politischen Mut

Die Problematik der ausufernden Staatsverschuldung gehört nun fast zur Allgemeinbildung. Zahlreiche Experten haben Konzepte erarbeitet, wie man die Situation in den Griff bekommen könnte. Alle seriösen Konzepte laufen darauf hinaus, dass die Ausgabenseite des Staates neu strukturiert und auf eine niedrigere Basis zurückgeführt werden muss. Vor allem muss aber die Einnahmenseite des Staates nachhaltig verbessert werden. Dies wird nur gelingen, wenn das Volkseinkommen als Besteuerungs- und Abgabenbasis nachhaltig gesteigert werden kann. Der Staat kann dabei am meisten helfen, indem er die richtigen Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum setzt. Bei dieser Aufgabe verlange ich von Ihnen, der älteren Generation, mehr Unterstützung für die Politiker und mehr Mut für Neues!

Dazu gehört neben einer anreizorientierten Finanz- und Wirtschaftspolitik vor allem eine intelligente Investitionspolitik. Investitionen, die dem Standort langfristig einen Wettbewerbsvorteil verschaffen, sind vor allem solche in Bildung und Infrastruktur. Aber auch das Gesundheitswesen hat das Potential, Arbeitsplätze zu schaffen. Hier wäre allerdings nötig, dass die beteiligten Parteien zu mehr Kompromissen bereit sind und, dass die Politik auch mutige Reformoptionen ernsthaft diskutiert.

Weiterhin muss die Verringerung der absoluten Lebensarbeitszeit gestoppt werden. Es ist der jungen Generation schwer zu vermitteln, dass Sie, die Älteren, sich mit 55 bis 60 Jahren in den Vorruhe-

stand verabschieden, während die Jungen voraussichtlich bis mindestens 65, vielleicht sogar bis 70 werden arbeiten müssen.

Wir brauchen mehr Transparenz durch moderne Steuerungsinstrumente

Meiner Auffassung nach ist außerdem ein Paradigmenwechsel in der deutschen Finanzpolitik überfällig: ein Finanzpolitiker muss ein Treuhänder sein, der verantwortungsvoll und vorsichtig mit den ihm überlassenen Steuergeldern und Abgaben umzugehen hat. Dazu gehört auch, die Finanzplanung nicht mit optimistischen, sondern mit vorsichtigen Annahmen durchzuführen.

Dazu braucht der Staat ein geeignetes Instrumentarium, zuallererst ein Buchführungssystem, welches ihm Transparenz über die tatsächlichen Werte verschafft. Das kameralistische Buchführungssystem sollte durch eine kaufmännische Buchhaltung abgelöst werden. Erst dadurch werden tatsächliche Wertströme erkannt, quantifizierbar gemacht und können als Grundlage für fundierte Entscheidungen dienen.

Die kommende Zeit ist nicht mehr dein eigen als die vergangene.

unbekannt

Aufgrund der fehlenden Periodenabgrenzung des kameralistischen Systems können Abschreibungen auf Investitionen oder Rückstellungen für Pensionen nicht vorgenommen werden, Vermögensverzehr oder Vermögensaufbau bleiben unerkannt und Investitionsrechnungen sind unmöglich. Die Kameralistik leidet somit unter einer eingebauten Kurzsichtigkeit, die als sparsam und vernünftig erscheinen lässt, was auf lange Sicht gerade verschwenderisch und törricht ist. Diese und andere Probleme bestehen bei der kaufmännischen Buchführung nicht.

Die Implementierung einer kaufmännischen Buchführung stellt neben den angemessenen politischen Strategien eine Voraussetzung dafür dar, einer möglichen Zahlungsunfähigkeit wegen Überschuldung zu begegnen. Und wer das Risiko einer Insolvenz als Panikmache kategorisiert, zeigt vor allem, dass er die tatsächliche finanzielle Situation des Staates unterschätzt. In Argentinien, bis vor wenigen Jahrzehnten eines der reich-

sten Länder der Erde, haben auch weder die Verantwortlichen noch die Bürger mit einem Bankrott gerechnet.

Die Bevölkerung ist belastungsfähiger als Sie denken!

Alle substanziellen Reformvorschläge, die geeignet wären, der Schuldenfalle zu entkommen, haben eines gemeinsam: Es wird vermutet, dass sie bestehende Besitzstände derart angreifen, dass sie von der Bevölkerung nicht akzeptiert würden. Im Kern herrscht der Glaube, dass jede politische Führung, die sich derartig radikalen Reformen verschreibt, keine Chance hätte, wiedergewählt zu werden. Veränderungen könnten angeblich nur mit kleinen Schritten durchgesetzt werden - so klein, dass der Schmerz der Veränderung kaum oder gar nicht spürbar ist. Leider wird der Teufelskreis auf diese Weise nur noch verstärkt. Um die Wähler von heute nicht zu verprellen,

wird Politik auf Kosten (im wahrsten Sinne des Wortes) der Wähler von morgen gemacht. Wie lange wird dies noch funktionieren? Wie groß muss die Last werden, damit Reformen mehrheitsfähig werden? Ist es dann nicht vielleicht schon zu spät?

Es ist die Verantwortung der politischen Elite des Staates, die Bevölkerung aufzuklären und an diese Reformen heran und durch diese hindurch zu führen. Gleichzeitig muss jeder wissen, dass wenig bleiben kann, wie es ist. Gerade Sie, die aktuell verantwortliche Generation, sollten sich diesen Reformen nicht entgegenstellen. Wenn Sie dieser Verantwortung gerecht werden, bin ich bereit, dies zu unterstützen und meinen Teil des Vertrages nicht kündigung.

Mit freundlichen Grüßen,
Die junge Generation

Autoren:

Stephan Willms ist der Geschäftsführer des Think Tanks Deutschland Denken. Ralf Billstein schreibt als freier Mitarbeiter für Deutschland Denken. Beruflich arbeitet er in der Unternehmensentwicklung des Gerling Konzerns.

Deutschland Denken ist ein unabhängiger Think Tank, der innovative Ideen zu politischen und gesellschaftlichen Themen erarbeitet. Dabei steht die quantitative Analyse politischer Fragestellungen und die betriebswirtschaftliche Sicht auf die öffentliche Hand im Mittelpunkt.

Mehr Informationen:
info@deutschland-denken.de



Ralf Billstein



Stephan Willms

Rentenreform 2001: Ein Konzept mit Zukunft?

Wo steht die gesetzliche Rentenversicherung nach der jüngsten Reform?

Modellrechnungen und Anmerkungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung

Die jüngste Rentenreform war eine schwere Geburt. Es brauchte zwei komplette Gesetzgebungsverfahren - eines unter der alten, eines unter der neuen Bundesregierung -, zahlreiche Entwürfe und Revisionen, Auskopplungen und Korrekturen in letzter Minute, bis im Sommer 2001 endlich ein definitives Reformpaket verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt wurde. Mittlerweile beeinträchtigt die lahrende Konjunktur schon wieder die kurzfristigen Perspektiven der Rentenfinanzierung. Gleichzeitig können mit privaten Finanzdienstleistern nun die ersten langfristigen Verträge über eine ergänzende Altersvorsorge durch sogenannte „Riester-Produkte“ geschlossen werden.

Fragen, die sich nun stellen, sind: Wo steht die gesetzliche Rentenversicherung nach der Rentenreform 2001? Können die Reformziele - eine durch private Vorsorge zu kompensierende, langsame Reduktion des Rentenniveaus, eine Begrenzung des projizierten Anstiegs der Beitragssätze bis 2030 und eine vorsichtige Modernisierung der gesetzlichen Alterssicherung von Frauen - erreicht

werden? Was passiert im Zeitraum nach 2030, in dem sich, allen vorliegenden Vorausberechnungen zu Folge, die Alterung der Bevölkerung rapide fortsetzt?

Die Reformelemente im Einzelnen

Die Rentenreform 2001 ist in mehreren Gesetzen geregelt:

Die Zukunft sollte man nicht vorhersehen, sondern möglich machen wollen.

Antoine de Saint-Exupéry (1900-1944), französischer Schriftsteller und Humanist.

Das „Gesetz zur Reform der Erwerbsminderungsrenten“ vom 20. Dezember 2000 fasst Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten zu einer zweistufigen Erwerbsminderungsrente zusammen, zu der Unter- 40Jährige keinen, ältere Arbeitnehmer erschwerten Zugang haben. Nach wie vor ist eine Erwerbsminderung allerdings nicht nur medizinisch indiziert, sondern wird auch im Lichte der

Arbeitsmarktsituation geprüft. Die für die Rentenbemessung maßgeblichen Zurechnungszeiten wurden unverändert gelassen, so dass die Einsparungen um Einiges geringer ausfallen dürften als aufgrund des zwischenzeitlich suspendierten „Rentenreformgesetzes 1999“, an das sich die Neuregelung eng anlehnt.

Das „Altersvermögensergänzungsgesetz“ vom 26. März 2001 enthält die Kernstücke der Reform des gesetzlichen Rentensystems: einen neu konzipierten Mechanismus zur jährlichen Renten Anpassung („modifizierte Nettoanpassung“); eine Senkung des Rentenartfaktors für Witwen- und Witwerrenten und die Einführung eines optionalen „Rentensplitting“ für Ehepaare, sowie den Ausbau kinderbezogener Komponenten von Versicherten- und Hinterbliebenenrenten, was insgesamt vor allem auf eine stärker eigenständige Alterssicherung von Frauen abzielt.

Das „Altersvermögensgesetz“ vom 26. Juni 2001, in dem die wichtigsten Regelungen zusammengefasst sind, die die verstärkte Privatvorsorge (kurz: „Riester-

Rente“) zur Ergänzung langsamer steigender GRV-Renten betreffen. Sie wird zwar nicht verbindlich vorgeschrieben, in bestimmtem Umfang aber zum einen durch Zulagen gefördert und steuerlich begünstigt, zum anderen - im Sinne einer gesetzlich verankerten Erwartung entsprechender Verhaltensänderungen - auch in die Bemessung staatlicher Renten fest integriert.

Nach langen Verhandlungen zwischen Bundestag und Bundesrat über das Altersvermögensgesetz wurden durch das „Gesetz zur Verbesserung des Hinterbliebenenrentenrechts“ nochmals rasch einige Änderungen am Altersvermögensergänzungsgesetz vorgenommen. Mit Rentenanpassungen nach der neuen Formel trat die Reform dann zum 1. Juli 2001 in Kraft.

Langfristige Effekte der Reform

Die wichtigste, mit der Rentenreform 2001 verfolgte Absicht ist, einen „fairen Ausgleich zwischen den Generationen“ zu schaffen. Einerseits soll das Rentenniveau bis 2030 gezielt, aber auch nicht zu schnell und nachhaltig reduziert werden. Gesetzlich festgeschriebenes Ziel ist, dass es - auf der Basis einer geänderten Definition, nämlich unter Berücksichtigung ergänzender Vorsorgeersparnisse - 67 % der Nettolöhne aktiver Versicherter nicht unterschreitet. Andererseits soll sich auch die Belastung der Beitragszahler im Rahmen halten, wobei die Beitragssätze nach den Plänen der Bundesregierung bis 2030 nicht über 22 % steigen sollen.

Bei allen Schwierigkeiten, verlässliche langfristige Projektionen anzustellen, sollte die Reform zuerst daran gemessen werden, ob sie aus heutiger Sicht diese globalen Zielsetzungen einzuhalten verspricht. Angesichts einer relativ klar vorhersehbaren und alles andere als günstigen demographischen Entwicklung ist das entscheidender als alle kurzfristigen Entwicklungen. Die Tatsache, dass 2002 einmal mehr die geringe gesetzliche Schwankungsreserve der GRV angetastet werden muss, um den Beitragssatz zumindest konstant zu halten, statt ihn wie zunächst geplant nochmals leicht zu senken, zeigt allerdings an, dass sich die Rentenfinanzierung grundsätzlich auf dünnem Eis bewegt. Es unterstreicht, dass die Annahmen, auf denen die offiziellen Vorausberechnungen beruhen, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsmarktentwicklung von Anfang an etwas

zu optimistisch sein könnten.

Wie sich Rentenniveau und Beitragssätze im Anschluss an die Rentenreform 2001 nach Modellrechnungen des ifo Instituts entwickeln, die bis 2050 reichen, zeigen die Abbildungen 1 und 2. Das Rentenniveau wird hier nach der bisherigen Definition - durchschnittliche Nettoernte eines Standardrentners in Prozent des Nettoentgelts aktiver Versicherter nach Abzug von Steuern und gesetzlichen Sozialabgaben (jedoch nicht der ergänzenden Vorsorgeersparnisse) - berechnet. Es sinkt demzufolge bis 2030 auf 64,1 % (nach neuer Definition: auf 68,5 %), bis 2050 auf 62,8 % (67,1 %). Eng wird es allerdings mit dem Ziel, die Beitragssätze bis 2030 unter 22 % zu halten: Nach den ifo Berechnungen überschreiten sie diese Grenze im Jahr 2027 und steigen danach rasch weiter, auf zuletzt 25,4 %.

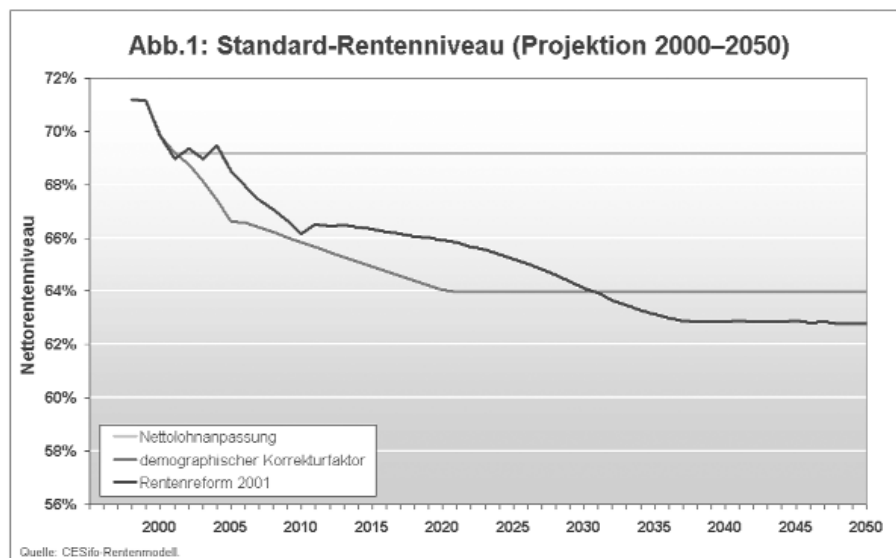
Am Vergleich mit den Auswirkungen alternativer Rentenanpassungsmodalitäten ab 2001 ist erkennbar, dass die Rentenreform 2001 gegenüber den Regelungen der Rentenreform 1992 („Nettolohnanpassung“) spürbare Effekte aufweist, sich - bei allen Unterschieden im Detail und einem etwas anderen Timing der Reformwirkungen - global gesehen jedoch kaum von der unter der Vorgängerregierung geplanten Rentenreform 1999 („demographischer Korrekturfaktor“) unterscheidet. Dies wird auch deutlich, wenn man auf der Basis desselben Modells bestimmt, wie hoch die implizite Staatsverschuldung des Rentensystems - durch Rentenansprüche, die aus bereits geleisteten Beitragszahlungen resultieren und in Zukunft eingelöst werden müssen - in den unterschiedlichen Szenarien aus der Sicht des Jahres 2001 ist. Nach den Regelungen von '92 betrüge sie ca. 264 %, nach der Reform '99 ca. 253 % und nach

der jüngsten Reform - wegen des langsameren Abschmelzens des Rentenniveaus - wieder rund 255 % des laufenden Bruttoinlandsprodukts, jeweils zusätzlich zu den gut 60 %, auf die sich die offiziell ausgewiesene, explizite Staatsschuld derzeit beläuft.

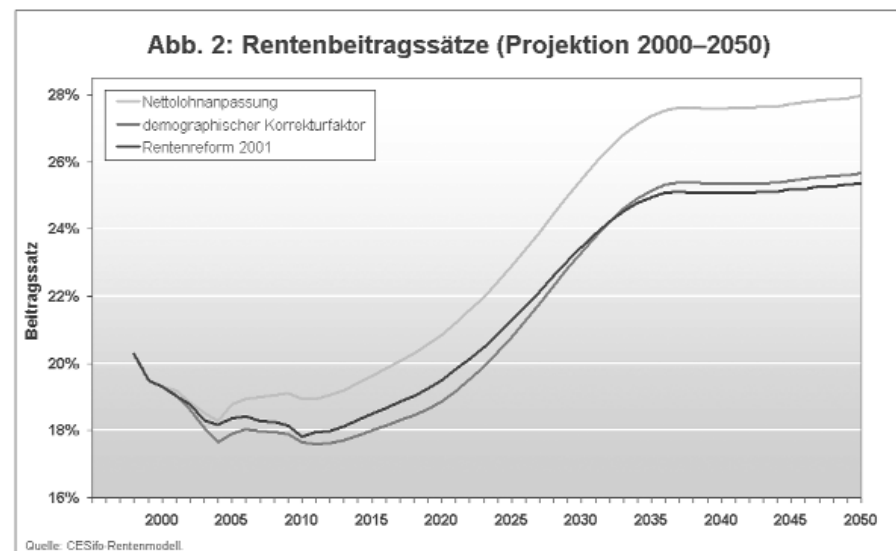
Anhaltender Reformbedarf

Die hier genannten Zahlen ergeben wie erwähnt Anzeichen dafür, dass die offiziellen Prognosen, die dem Bundestag und der Öffentlichkeit zur Rentenreform 2001 vorgelegt wurden, etwas zu optimistisch sein dürften. Daneben verdeutlichen die von ifo nach eigenen - ihrerseits sicherlich nicht pessimistischen - Annahmen angestellten Modellrechnungen, dass die Phase der Rentenreformen, die zur Bewältigung der demographisch bedingten Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung fällig sind, noch lange nicht abgeschlossen ist. Vor allem ist der Zeithorizont der jüngsten Reform zu kurz. Für sichere Grundlagen des Rentensystems bis 2030 sollte bereits die letzte große Rentenreform von 1992 sorgen. Mittlerweile ist jedoch absehbar, dass Mitte der 30-er Jahre des neuen Jahrhunderts nochmals mit einer deutlichen Verschärfung der Lage der Rentenfinanzen zu rechnen ist.

Schließlich weist das gesetzliche Rentensystem weiterhin eine erhebliche familienpolitische Schieflage auf: Wie vom Verfassungsgericht 1992 gefordert, wurde zwar auch bei dieser Reform die rentenrechtliche Berücksichtigung von Leistungen zur Kindererziehung - die ja die eigentlichen Vorleistungen für das Funktionieren des Umlageverfahrens sind - et-



was weiter ausgebaut, wovon vor allem erwerbstätige Mütter mit geringen Löhnen profitieren. Von einem sachgerechten Ausgleich der von Familien erbrachten Leistungen, den das Gericht im Frühjahr 2000 anlässlich eines Urteils zur Pflegeversicherung noch einmal anmahnte, ist man aber nach wie vor weit entfernt. In diesem Bereich liegt im übrigen auch der Schlüssel für eine stärker eigenständige Alterssicherung von Frauen und für die Ablösung der nicht mehr ganz zeitgemäßen Systems der Witwenrenten. Erforderlich sind, trotz der jüngsten Rentenreform, daher schon bald wieder Ideen, wie das gesetzliche Rentensystem weiter umgebaut, das Rentenniveau dabei langfristig noch weiter reduziert werden kann und wie man solche Reformen im Hinblick auf einen auskömmlichen Lebensunterhalt der Versicherten im Alter flankieren muss. Ein relativ einfacher Weg dahin, der auch gut zur steigenden Lebenserwartung passt, führt über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. In diesem Bereich sind auf jeden Fall weitere Maßnahmen erforderlich, wenn die Rechtsänderungen der letzten Jahre in absehbarer Zeit keine Wirkung zeigen und das durchschnittliche Rentenzugangsalter nicht bald wieder messbar steigt. Bei darüber hinaus gehenden Reformschritten - auch das ist hier hervorzuheben - kann direkt an einige Elemente der Rentenreform 2001 unmittelbar angeknüpft werden. Ein wichtiger Unterschied zu allen früheren Diskussionen liegt darin: Endlich wird in Deutschland offen darüber geredet, dass die gesetzlichen Renten auf Dauer wachsende Sicherungslücken lassen werden, die durch frühzeitige Pri-



vatvorsorge geschlossen werden können und müssen. Die daraus gezogenen Schlüsse müssen lediglich konsequenter umgesetzt werden. Erstens ist die vorgesehene Kürzung des Rentenniveaus bis 2030 - nicht zuletzt unter dem Druck der Gewerkschaften - deutlich geringer ausgefallen als in den ersten Reformentwürfen geplant. So gesehen ist die ergänzende Privatvorsorge heute sogar leicht überdimensioniert: Wer wie vorgesehen ab sofort bis zu 4 % seines Bruttolohnes anspart, kann im Alter sogar eine spürbar höhere Gesamtversorgung erwarten als ohne Reform (und ohne solche Ersparnisse). Zweitens wurde der Einstieg in eine stärker gemischte Altersvorsorge bei dieser Reform erst halbherzig vollzogen. Die ergänzende Vorsorge muss spätestens dann schlicht gesetzlich vorgeschrieben werden, wenn nach weiteren Rentenniveausenkungen in der Zeit ab 2030 niedrige Rentenansprüche in größerem Maße unter die So-

zialhilfeschwelle fallen. Schließlich ist Deutschland auch auf die sich im Anschluss an die letzte Reform stellenden Fragen nach Art und Reichweite sinnvoller Regulierungen von mehr privater Altersvorsorge bislang nicht ganz vorbereitet. Dass für die neuen betrieblichen Pensionsfonds hinsichtlich ihrer Anlagemöglichkeiten überraschend weit gehende Wahlfreiheit vorgesehen wurde, ist eine gute Nachricht. In anderen Punkten erscheinen die neuen „Riester-Produkte“ immer noch überreguliert - zu wenig auf Eigenverantwortung und eine milde Kanalisierung des Umgangs mit den Finanzmarktrisiken angelegt, denen die Altersvorsorge in Zukunft stärker ausgesetzt sein wird als bisher.

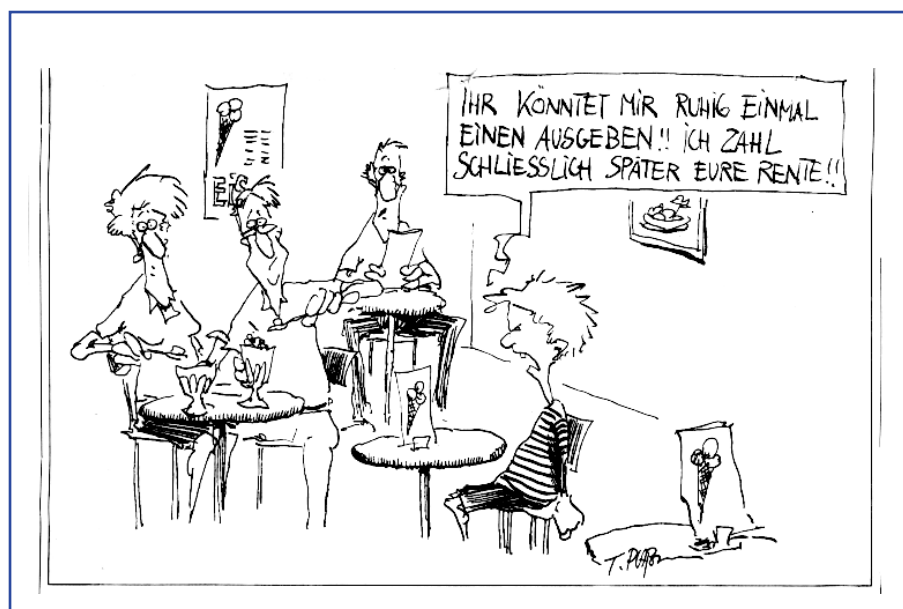
*Dr. Martin Werding
Bereichsleiter „Sozialpolitik und Arbeitsmärkte“, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München.*

Man gebe dem Menschen alles, wonach er sich sehnt, und in demselben Augenblick, da er es erlangt, wird er empfinden, dass dieses Alles nicht alles sei.

unbekannt

Die Menschen werden alt, weil sie ihre Ideale im Stich lassen.

*Kenneth B. Haas,
amerikanischer Autor*



Die Teilungslösung Konzept für eine generationengerechte Rentenreform

Die 1957 geschaffene, umlagefinanzierte Rente ging von einem stabilen Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentenempfängern aus. Die Beitragssätze zur Rentenversicherung sollten konstant bleiben. Seit Jahren jedoch verschlechtert sich dieses Verhältnis und damit die finanzielle Lage der gesetzlichen Rentenversicherung. Als Lösung hat die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen die sogenannte Teilungslösung erarbeitet.

Sie fordert:

Keine Generation darf bevorzugt oder benachteiligt werden. Auftretende Belastungen der Rentenversicherung - ausgelöst durch den demographischen Wandel, Schwankungen am Arbeitsmarkt, Änderungen der Lebenserwartung oder der Selbständigenquote - müssen solidarisch auf die Generationen verteilt werden. Das heißt, dass die Beiträge nur dann erhöht werden dürfen, wenn die Rentensteigerung im selben Ausmaß reduziert wird. So bekommen die Älteren etwas weniger, die Jüngeren zahlen etwas mehr, aber keine Generation wird übervorteilt. Die Lasten zwischen den Generationen werden geteilt und wir können endlich wieder von einer intergenerationellen Gerechtigkeit sprechen.

Gegen dieses einleuchtende Prinzip hat die Politik in der nun 40jährigen Geschichte der Rentenversicherung aus opportunistischen Gründen immer wieder verstoßen. Wenn sich einmal, wie 1972, aufgrund der konjunkturellen Entwicklung hohe Rücklagen bei den

Rentenversicherungsträgern angesammelt hatten, beschloss der Bundestag (mit den Stimmen aller Parteien) nicht etwa eine Senkung des Beitragssatzes, sondern eine Ausweitung der Leistungen (insbesondere die "flexible Altersgrenze"). Dieses Verhalten (ebenso wie zukünftige Beitragserhöhungen) lassen sich mit den Mehrheitsverhältnissen erklären. Bei der Bundestagswahl 1994 besaß die junge Generation knapp 9 Mio. Stimmen, gerade einmal gut halb soviel wie die Übersechzigjährigen (16,4 Mio.). Die Übermacht der Alten wird in Zukunft noch zunehmen. Ältere Beitragszahler haben im wesentlichen identische Interessen wie heutige Rentner, deshalb werden auch sie für Beitragserhöhungen und gegen Rentenkürzungen stimmen. Die verantwortlichen Politiker orientieren sich nicht mehr am Gemeinwohl, sondern machen einseitig Interessenpolitik zugunsten der Älteren. Die Generationengerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Wenn sich frühere Fehler auch möglicherweise nicht mehr rückgängig machen lassen, so muss diese unsolidarische und intergenerationell ungerechte Politik wenigstens ab sofort ein Ende haben. Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen fordert, die Teilungslösung für Rentenerhöhungen anzuwenden. Konkret schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

- 1.) Der Finanzbedarf wird ermittelt, das heisst, es wird die Frage beantwortet: „Wie groß ist das Loch in der Rentenkasse?“
- 2.) Die Hälfte des erforderlichen Finanzbedarfs wird von der jüngeren, arbeitenden Generation über Beitragserhöhungen aufgebracht, die andere Hälfte steuert die alte Generation bei, indem sie auf einen Teil ihrer Rentenansprüche verzichtet.

Wenn das Defizit z.B. 8 Mrd. € beträgt, so hat man bisher schlicht den Beitragssatz, also die Belastung der jungen Generation, einen Prozentpunkt angehoben. Nach der Teilungslösung erhöht man den Beitragssatz nur um einen halben Prozentpunkt, das entspricht Einnahmen von 4 Mrd. €. Für die anderen 4 Mrd. € werden die Renten der älteren Generation, die ohne Teilungslösung z.B. um 1,5 % gestiegen sind, mit einem Abschlag versehen. Verfeinerungen der Teilungslösung beziehen den aktuellen Rentner-Quotienten mit ein.

Die durchgerechnete Teilungslösung ist veröffentlicht in der Zeitschrift „Soziale Sicherheit“ Heft 1/2001, Seite 23 bis 30.

Man denke sich unendlich viel Geld und unendlich gutartige Politiker, die mit dem Geld unendlich viel Gutes tun wollten, dann denke man sich das Geld wieder weg.

Manfred Rommel, CDU Politiker

Wie Abbildung 1 verdeutlicht, ist die Teilungslösung längerfristig für die jüngeren Beitragszahler am günstigsten, sie kann im Jahre 2050 einen niedrigeren Beitragssatz als das „Ausgleichsfaktormodell“ von Bundesarbeitsminister Riester (AVAG 2000) gewährleisten. Im Vergleich zum Reformvorschlag des früheren Bundesarbeitsministers, Norbert Blüm, dem RRG 1999, ergibt sich sogar ein um mehr als 1 Prozentpunkt niedrigerer Beitragssatz.

Weitere Informationen:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, AK Rente

Fördern Sie uns!

Werden Sie ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG und unterstützen Sie uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben. Als Fördermitglied sind Sie zu allen öffentlichen Treffen des Vorstands und des Kuratoriums eingeladen. Der Jahresbeitrag kostet 50 €, für Unterdreißigjährige sogar nur 25 €. Sie erhalten viermal im Jahr unser Magazin Generationengerechtigkeit! Füllen Sie bitte noch heute den Aufnahmeantrag auf der letzten Seite aus! Ihre Kinder und Enkelkinder werden es Ihnen danken.

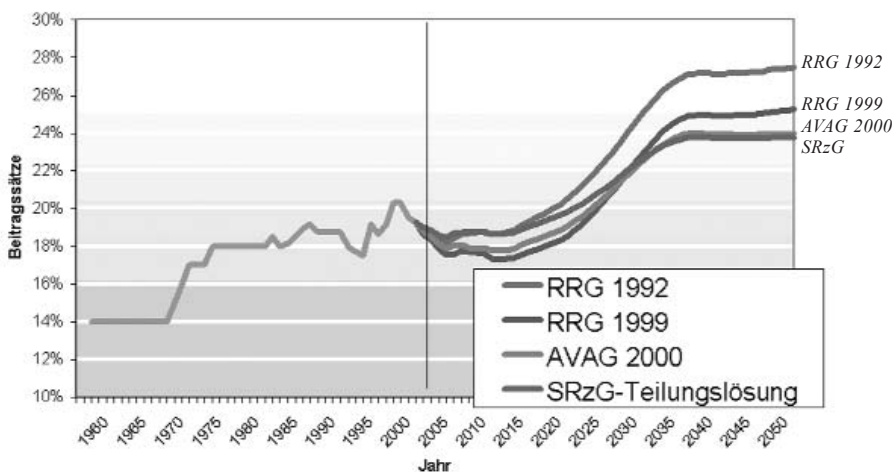


Abbildung 1: Gesetzliche Rentenversicherung: Beitragssatz (1960-2050)

Letzte Meldungen zu Rente und Staatsfinanzen

6. März 2002

Verfassungsgericht erklärt die ungleiche steuerliche Behandlung von Renten und Pensionen für verfassungswidrig. Voraussichtlich werden Rentenzahlungen nachgelagert besteuert werden und Beiträge steuerfrei gestellt werden

13. Februar 2002

Deutschland bekommt keinen blauen Brief. Die Finanzminister von 15 EU-Staaten verzichten auf die Verwarnung Deutschlands. Finanzminister Eichel verspricht, dass Deutschlands Haushalt bis 2004 „nahezu ausgeglichen“ sein wird. Die EU-Kommission interpretiert dies später mit nur noch 0,5 % Staatsverschuldung. Experten halten diese Zusage für nur sehr schwer erfüllbar.

29. Januar 2002

Die EU-Kommission plant Deutschland wegen seines hohen Haushaltsdefizits mit

einem sogenannten blauen Brief zu warnen

2. Dezember 2001

Enron beantragt Konkurs Tausende aktive und ehemalige Enron-Mitarbeiter verlieren einen Großteil ihrer Altersvorsorge, weil diese hauptsächlich auf Enron-Aktien basierte

19. November 2001

Zahlreiche Unternehmen streichen Weihnachtsgeld. Der Ausfall der Beiträge setzt die Renten- und Krankenversicherungen unter Druck. Die nächste Anhebung der Beiträge erscheint am Horizont

1. Juli 2001

Der Wirtschaftsweisen Bernd Rürup plädiert für eine zeitlich begrenzte höhere Neuverschuldung

Wir bedauern sehr, dass aus Platzgründen folgende Artikel nicht abgedruckt werden konnten: „Die intergenerationelle Ungerechtigkeit im Rentenrecht Ursachen und Auswege“ von Dr. Resch, „Vererben oder belasten“ von Herrn Sebald; „Staatsverschuldung contra fiskalische Nachhaltigkeit“ von Ulf Kurz; „China bereitet sich auf den Wettbewerb vor“ von David Lübeck, „Generationengerechte Finanzpolitik - ein ganzheitlicher Ansatz“ von Andreas Becker und „Abdiskontierung - die ökonomische Art der Zukunftsbewertung in der Diskussion“ von Jörg Tremmel. Diese Artikel können im Diskussionsforum in voller Länge nachgelesen werden. Man erreicht es, indem man von www.srzg.de folgenden Links folgt. deutsch->Diskussionsforum ->SRzG/YOIS-Arbeitskreise (Hinweis: die neunte Kategorie von oben) ->Staatsfinanzen

Ihre Spende für unsere Arbeit

Die SRzG ist eine gemeinnützige Stiftung mit vielen enthusiastischen Helfern und Fördermitgliedern, stets neuen Projekten, jedoch auch sehr geringen finanziellen Mitteln. Nachdem das Weiterbestehen der SRzG im letzten Jahr gesichert werden konnte, bitten wir Sie, uns auch weiterhin zu helfen, damit

wir uns für eine bessere Zukunft stark machen können. Es geht darum, in welcher Welt Ihre Kinder und Enkel aufwachsen. Zur Zeit arbeitet die SRzG an folgenden Großprojekten:

- Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ (Kosten pro Ausgabe: 10.000 Euro)
- Symposium in Tutzing (Kosten: 27.000 Euro)
- Generationengerechtigkeits-Preis 2003
- Buchprojekt „Was ist Generationen-

gerechtigkeit?“

Jede Spende hilft und „zu kleine“ Spenden gibt es nicht. Wenn Sie gezielt eines unserer Projekte unterstützen wollen, geben Sie im Verwendungszweck den Projektnamen an, ansonsten überweisen Sie einfach mit dem Verwendungszweck „Spende“ auf: SRzG, Konto 6602983, Ökobank e.G (BLZ 50090100). Sie erhalten eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung.

Veranstaltungen, auf denen Vorstände oder Mitarbeiter von SRzG und YOIS sprachen

Jugendparlament Berlin

26.11.-29.11.01

Diskussion und Erarbeitung einer Resolution

6.Kompetenz-Kongress der Hypovereinsbank München

07.12.2001 Podiumsdiskussion mit Hans-Jochen Vogel (SPD), Prof. Peter Gross (Uni St. Gallen) u.a. über die Alterung der Gesellschaft und Generationengerechtigkeit

BAT Social Reporting Berlin

23.01.2002 Dialogveranstaltung über „Jugend und Rauchen“ sowie „Rauchen und Gesundheit“.

Dialog der Generationen Saarbrücken

31.01.2002 Podiumsdiskussion „Was habt ihr aus unserer Welt gemacht?“

„Ohne sie läuft nix“-Europäischer Freiwilligendienst Weimar

1.-7.2.2002 Tutorenausbildung

Frankfurter Domkreis Kirche und Wissenschaft Frankfurt/Main

19.02.2002 Podiumsdiskussion zum Thema „Respektlose Gesellschaft“.

AEGEE-Planning Meeting Helsinki

8-11.3.2002 Präsentation der Rally of Youth 2001

*Experten-Workshop des Nachhaltig-

keitsrats der Bundesregierung*

Berlin 12.3.2002 siehe S.20

„Politik-Tage“ Berlin

14.-16.3.2002 siehe S.20

UNEP Global Youth Forum

Fuglsøcenter

25.-31.3.2002 „Facilitator“ des Forums, Side-Event: „Sustainability and Intergenerational Justice“, Geschichte und Bedeutung

Projektmarkt der Jugendorganisation Bund Naturschutz Erlangen

16.04.2002 Vorstellung und Verknüpfung von Projekten der ökologischen Jugendbewegung.

Nachhaltigkeit wird bei der Heidelberger Druckmaschinen AG großgeschrieben!

Das Thema Umweltschutz bzw. Nachhaltigkeit genießt bei Heidelberg seit langem einen hohen Stellenwert. Seit 1993 publiziert Heidelberg jährlich einen Umweltbericht und legt darin Rechenschaft über das Umwelt-Engagement des Unternehmens ab. Dabei wurde die Berichterstattung von Jahr zu Jahr um Informationen zu allen Produktionsstandorten weltweit, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Produktsicherheit ausgebaut. Der Umweltbericht 1999 / 2000 hat im Rahmen des Deutschen Umwelt Reporting Awards den ersten Platz belegt. An dem von der Wirtschaftsprüferkammer ausgeschriebenen Wettbewerb hatten sich 65 deutsche Spitzenunternehmen beteiligt.

2001 brachte Heidelberg erstmals einen Nachhaltigkeitsbericht, den „Report 2000 / 2001“ heraus. Mit dieser Publikation trägt Heidelberg der zunehmenden Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit in der internationalen Öffentlichkeit und den steigenden Erwartungen verschiedener Zielgruppen an eine ökologische und soziale Berichterstattung von Unternehmen Rechnung. Anzeichen für die wachsende Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit sind beispielsweise der neu gegründete Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung, das Forum Nachhaltige Entwicklung (econsense) der Deutschen Industrie sowie die vor kurzem veröffentlichte Nachhaltigkeitsstrategie der EU. Auch in der Finanzwelt spiegelt sich dieser Trend wider: Hohe Anforderungen an wirtschaftliches Wachstum im Einklang mit Ökologie und sozialer Verantwortung seitens der Investoren haben zur Entstehung von neuen Aktienindices wie z.B. den Dow Jones Sustainability Group Indices geführt. Der Heidelberg Report 2000 / 2001 stellt die ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte der Unternehmenstätigkeit mit den verbundenen Wechselwirkungen und Zielkonflikten dar. Der Report entspricht erstmals den im Juni 2000 veröffentlichten Leitlinien der Global Reporting Initiative, in einem Nachhaltigkeitsbericht über wirtschaftliche, umweltrelevante und soziale Leistungen gleichermaßen Rechenschaft abzulegen. Dazu gehört nicht nur, über die einzelnen Maßnahmen, die die Produktionsstandorte der Heidelberg-Gruppe zur

Verbesserung des produktions- und produktbezogenen Umweltschutzes ergriffen haben, zu berichten, sondern auch über Aktivitäten und Strategien zum Thema „Nachhaltige Entwicklung“, „Ökonomie“ und „Gesellschaftliche Verantwortung“.

„Wir sind davon überzeugt, dass eine langfristig tragfähige Entwicklung nur über kontinuierliche Verbesserung aller unserer ökonomischen, ökologischen und sozialen Leistungen möglich ist“, so Bernhard Schreier, Vorstandsvorsitzender der Heidelberger Druckmaschinen AG.

Erster Platz für den Report 2000 / 2001

Im Rahmen des Deutschen Umwelt-Reporting Awards der Wirtschaftsprüferkammer (dem Träger der beruflichen Selbstverwaltung aller Wirtschaftsprüfer und Prüfungsgesellschaften) ist der erste Heidelberger Nachhaltigkeitsbericht „Report 2000/2001“ als bester deutscher Nachhaltigkeitsbericht ausgezeichnet worden. Die Preisverleihung fand im März 2002 in Berlin statt.

Erfolgreiches Zertifizierungsaudit in Rochester

Um die Umweltpolitik in allen Bereichen konsequent umzusetzen und die erreichten Umweltstandards einzuhalten und auszubauen, ist ein leistungsfähiges Umweltmanagement unverzichtbar. Aus diesem Grund baut die Heidelberger Druckmaschinen AG seit 1996 an allen Produktions- und Entwicklungsstandorten ein Umweltmanagementsystem auf. Der Standort Rochester hat 2001 sein erstes Umweltzertifizierungsaudit erfolgreich bestanden. Damit ist Rochester der vierte amerikanische Heidelberg-Standort, der die Anforderungen der ISO 14001 erfüllt. Insgesamt sind 13 der 18 Heidelberger Produktions- und Entwicklungsstandorte nach ISO 14001 und/oder EMAS zertifiziert bzw. validiert.

Erfolgreiche Aufnahme in die Dow Jones Sustainability Indices STOXX und WORLD

Heidelberg war bei seiner ersten Bewerbung für die Dow Jones Sustainability Indices (DJSI) erfolgreich und erreichte auf Anhieb die Aufnahme in die DJSI STOXX und WORLD. Die Dow Jones Sustainability Indices, eine Zusammenarbeit von Dow Jones Indices, USA, STOXX Ltd., UK, und der Sustainability Asset Management (SAM) in Zürich, berücksichtigen in ihrer Bewertung vor allem wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte. Die Indices sind branchenübergreifend und ermöglichen Investoren eine Bewertung des Umwelt- und sozialen Engagements von Unternehmen, ohne sich dabei auf bestimmte Marktsektoren beschränken zu müssen. Vor allem aber wird den Investoren die Gelegenheit gegeben, sich bei der Wahl eines Investmentfonds nicht mehr ausschließlich an finanziellen Kriterien, sondern auch an der Intensität des ökologischen und sozialen Engagements eines Unternehmens zu orientieren. Der DJSI STOXX, der erstmals am 15. Oktober 2001 in den Markt eingeführt wurde, setzt sich aus den Top 20 Prozent des Dow Jones STOXX 600 Index zusammen, insgesamt 152 Unternehmen. Heidelberg wurde hier auf Anhieb bestes deutsches Unternehmen in seinem Marktsektor Industrial Goods & Services. Auch im DJSI WORLD, der weltweit als der am meisten beachtete ökologische Aktienindex gilt, erreichte Heidelberg eine ausgezeichnete Bewertung seiner Nachhaltigkeits-Performance mit insgesamt über 50% der möglichen Punkte. Heidelberg lag damit weit über dem Industriedurchschnitt von ungefähr 35%. Insbesondere in den Bereichen Umwelt-Performance und Öko-Effizienz erzielte Heidelberg die gleiche Punktezahl wie das beste Unternehmen des Index, BAA Plc.



*Dr. Jürgen Kern,
Umweltbevollmächtigter der
Heidelberger Druckmaschinen AG*

AK Staatsfinanzen

Finanzpolitik matters

Erst kürzlich sollte die Bundesregierung durch die EU-Kommission wegen des Budgetdefizits mit einem „blauen Brief“ verwarnt werden. Hintergrund sind die strengen Maastricht-Kriterien, die, ursprünglich von der BRD unter Finanzminister Waigel durchgeboxt, für finanzielle Stabilität im Euroland sorgen sollten.

Letztendlich wurde die Verwarnung nicht ausgesprochen, doch die grundsätzlichen Fragen - und damit die Problematik - bleiben bestehen: Wie relevant sind Staatsschulden? Wie sind Staatsschulden mit dem Konzept der Generationengerechtigkeit vereinbar?

Staatsschulden der einzelnen Länder Europas sind mit wenigen Ausnahmen in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich gestiegen, und zwar auch nach Inkrafttreten des Maastricht-Vertrages. Deutschland stellt mit der Einheit zwar einen gesonderten Fall dar; doch trotz intensiver Bemühungen durch den Sparminister Eichel konnte die Neuverschuldung (und nicht etwa die Staats-

verschuldung !!!) nicht gebremst werden. Die Schulden steigen weiter.

Eine Analyse der Verschuldung in bezug auf Generationengerechtigkeit ist schnell gemacht. Sie scheint unvereinbar: zukünftige Generationen zahlen die Zinsen für heutige Kredite.

Da Staatsverschuldung aber auch positive Aspekte hat (Konjunkturpolitik!) müssen Vor- und Nachteile aufgewogen werden. Und an diesem Punkt muss angesetzt werden, um der Generationengerechtigkeit gerecht zu werden. Die gegenwärtige Formulierung des Grundgesetzes, nach dem die Neuinvestitionen nicht die Investitionen übersteigen dürfen, ist nicht ausreichend. Andere Ansätze sind von Nöten. Und denkbar.

Der AK Staatsfinanzen hat es sich zur Aufgabe gemacht, über Alternativen nachzudenken und diese anschließend zu formulieren. Obwohl in der langfristigen Betrachtung der Verschuldung der Bundesrepublik deutlich wird, dass die reinen Zinsausgaben in der Summe höher waren als die Kredite (!), lehnen wir Staatsschulden als politisches Instrument nicht ab. Doch fordern wir eine langfristige Strategie, die auch zukünftige Generationen miteinbezieht, da Ver-

schuldung finanziellen, und damit politischen, Handlungsspielraum verringert. Auch Stichworte wie Transparenz, schlanker Staat und Effizienz werden nicht ausgeklammert.

Gegenwärtig wird im AK ein Grundsatzpapier formuliert. Desweiteren waren einzelne AK-Aktivisten an der Gestaltung der nächsten Ausgabe der GG! zum Thema Finanzen beteiligt. Und wir verfolgen und diskutieren natürlich die aktuellen Entwicklungen in einzelnen Ländern. Die USA und Argentinien sind da nur die prominentesten Fälle.

Über Deine Mitarbeit würden wir uns freuen! Um in den eMail-Verteiler aufgenommen zu werden, sende eine eMail an: ak_staatsfinanzen-subscribe@yahoo-groups.com



*David Lübeck und Ulf Kurz
leiten gemeinsam den AK Staatsfinanzen*

AK Rente

Rentenkampagne der SRzG mit neuem Schwerpunkt: Einbeziehung von Politikern als erstes Ziel!

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen vertritt in ihrem Positionspapier Rente den Standpunkt, ein Rentensystem sollte transparent und intragenerationell fair sein. Sonderversorgungssysteme für Beamte, Politiker und Selbständige darf es daher langfristig nicht mehr geben.

Die neue Rentenkampagne der SRzG verfolgt zwei Ziele:

- 1) Eingliederung neu gewählter Mitglieder des Bundestages in die gesetzliche Rentenversicherung.
- 2) Verpflichtende Nachversicherung der Parlamentarier, die keine Pensionsansprüche erwerben konnten, im umlagefinanzierten Alterssicherungssystem.

Bei Einlösung dieser Forderungen durch den Gesetzgeber wäre bereits viel erreicht.

Aus unserer Sicht ist es nämlich unverständlich, aus welchen Gründen Politiker, die dem Bundestag weniger als zwei Legislaturperioden angehört haben, die Wahlmöglichkeit zwischen Nachversicherung im Umlageverfahren oder Auszahlung des entsprechenden Betrages haben. Außerdem würde die Einbeziehung neu gewählter Abgeordneter in das Umlageverfahren eine langfristige Abschaffung der Sonderversorgung von Politikern im Alter bewirken. Auch Beamte und Selbständige sind in Deutschland aus dem System der gesetzlichen Rentenversicherung entlassen. Mit der Ab-

geordneten Kampagne verbindet sich daher das langfristige Ziel, auch diese Berufsgruppen in den Beitragszahlerkreis des Umlageverfahrens aufzunehmen. Denn sind erst einmal die Parlamentarier zu einem solchen Schritt bereit, rückt auch eine entsprechende Regelung für die anderen Berufsgruppen ein Stück näher.

Die Rentenkampagne der SRzG will dabei ihre Anliegen gezielt in den Wahlkampf junger Politiker hineinbringen. Wir meinen nämlich, dass dieses Thema gerade für jüngere Abgeordnete als Wahlkampfthema geeignet ist, mit dem man sich von alteingesessenen Kollegen absetzen kann und den jungen Wählern Ansatzpunkte zur Identifikation bietet.

Daher haben wir die 55 jüngsten Mitglieder des Bundestages (ab Jahrgang 1960) angeschrieben. Dem Brief wurden sowohl ein von uns erstelltes Gutachten zum Thema „Einbeziehung neu gewählter Abgeordneter in die gesetzliche Rentenversicherung“ als auch ein Antwortfax, mit dem die Mandatsträger Kontakt zu uns aufnehmen können, beigelegt. Darüberhinaus ist für die heiße Phase des Wahlkampfs eine Podiumsdiskussion mit jungen Abgeordneten geplant. Hierbei

sollen die jungen Parlamentarier vor den Augen der Presse eine freiwillige Selbstverpflichtung unterschreiben, die sie zur Nachversicherung im umlagefinanzierten Rentensystem anhält, falls sie ohne Pensionsansprüche aus dem Bundestag ausscheiden.

Um in den eMail-Verteiler aufgenommen zu werden, sende eine eMail an: ak_rente-suscribe@yahooogroups.com



*Robert Jäckle und Jörg Tremmel
leiten gemeinsam den AK Rente*

Die SRzG bedankt sich sehr herzlich für folgende neue Spenden:

Norbert Ackermann 50 Euro- Alexander Alvaro Pickart 25 Euro- Oliver Arnold 50 Euro- Anke Arnold 50 Euro- Daniel Bahr 25 Euro- Thorsten Becker 25 Euro- Axel Bergt 20 Euro- Mathias Bimberg 20 Euro- Alexander Bonde 25 Euro- Thomas Bräunlein 30 Euro- Erta Dannemann 20 Euro- Daniel Dettling 25 Euro- Gustav Dieckmann 50 Euro- Ulrich Martin Drescher 250 Euro- Benjamin Dzialowski 25 Euro- Alexandra Erhardt 25 Euro- Holger Fecht 30 Euro- Hans-Joachim Fichtner 100 Euro- Nikolai Fichtner 20 Euro- Frithjof Finkbeiner 50 Euro- Frithjof Finkbeiner Senior 145 Euro- Armin Frey 25 Euro- Claudia Gemmel 25 Euro- Christopher Gohl 37,50 Euro- Maja Göpel 25 Euro- Ulla Göpel-Meschede 50 Euro- Philipp Götting 50 Euro- Moritz Grumbach 25 Euro- Wolfgang Gründinger 20 Euro- Torge Hamkens 25 Euro- Annette Haugg 25 Euro- Andreas Heigl 50 Euro- Stefanie Henrich 50 Euro- Markus Hilser 30 Euro- Daniel Hobohm 20 Euro- Sigrid Hodel-Hoernes 50 Euro- Oliver Hor 50 Euro- Tobias Kaiser 20 Euro- Sven Kerpen 25 Euro- Markus Klauke 50 Euro- Georg Klein 50 Euro- Axel Knabe 10 Euro- Kinderversorgungswerk 100 Euro- Matthias Krauß 25 Euro- Christian Lang 25 Euro- Marc Laukemann 50 Euro- H.J. Lindenberger 50 Euro- Erika Loew 50 Euro- Holger Löffler 125 Euro- Lotte Lohde 50 Euro- Benjamin Lüpschen 25 Euro- Christina Lux 25 Euro- Miriam Marbach 25 Euro- Manuel Memmert 50 Euro- Laura Memmert 25 Euro- Ferdinand W. Menne 60 Euro- Ulrich Mentz 150 Euro- Eike Messow 20 Euro- Florian Mirow 25 Euro- Birgit Neuhold 100 Euro- Johann-Malte Nordmann 25 Euro- Dirk Nowaschewski 75 Euro- Prof. Dr. Michael Opielka 50 Euro- Sigrid Petry 50 Euro- Tobias Rehl 20 Euro- Wolfram Schaa 50 Euro- Thomas Schauf 50 Euro- Adrian Schell 20 Euro- Ralph Schlieper-Damrich 50 Euro- Hans Martin Schmidt 500 Euro- Karsten Schmitz 150 Euro- Thomas Schrecker 50 Euro- Maren Schreier 25 Euro- Jörg Oliver Schulz 50 Euro- Surjo Raphael Soekadar 20 Euro- Margarete Stenzel 50 Euro- Jens Tambke 25 Euro- Heinz Theisen 50 Euro- Martin Thunert 100 Euro- Franziska Toni 10 Euro- Doris Tremmel 50 Euro- Jörg Tremmel 50 Euro- Wolfram Trzaska 50 Euro- Martin Viehöver 25 Euro- Reinhard Wacker 25 Euro- Markus Warncke 25 Euro- Wilma Weiß 75 Euro- Roland Wenel 50 Euro- Angelika Werner 50 Euro- Claudius Werwigk 30 Euro- Marco Wiegand 25 Euro- Annette Wilka 60 Euro- Wolfgang Willig 50 Euro- Martin Woestmeyer 50 Euro- Karl Worthmann 20 Euro- Michael Zechmeister 50 Euro- Fabian Zuber 20 Euro- Bernhard und Anne Scheimann 70 Euro- Moritz Harder 51 Euro- Ingo Maxeiner 51 Euro- Prof. Dr. Kreikebaum 51 Euro- Valmex 511 Euro- Christoph-Wilke Dahlkötter 15 Euro- Paul Eickershoff 25 Euro- Richard Drum 50 Euro- Mirko Masek 70 Euro- Roland und Daiva Seyfried 25 Euro- Andreas Scherbel 76 Euro- Martin Sebastian Esser 25 Euro- Dr. Wiese von Ofen 50 Euro- Helmut Kowalewsky 50 Euro- Oliver Spindler 25 Euro- Jörn Hermann 25 Euro- Thomas Möller 25 Euro- Claudia Bitzer 25 Euro- Matthias Frese 51 Euro- Annie Willig 255 Euro- Brigitta Krebs-Heybey 30 Euro- Horst Dieter Schacht 51 Euro- Gerhard Knies 60 Euro- Annegret Plas 102 Euro- Bernd Frank Schwab 51 Euro- Sabine Stöck 40 Euro- Peter Egg 47 Euro- Kreisjugendring Esslingen 51 Euro- Hanna Wendt 25 Euro- Saskia Baxmann 25 Euro- Dr. Helmut und Martina Gaus 51 Euro- Yvonne Russell 25 Euro- Christof Tatka 25 Euro- Warnfried Dettling 50 Euro- Dr. Ulrich Kollmar 51 Euro- Steffen Dagger 10 Euro- Wolfgang Udo Muenssinger 38 Euro- Elisabeth Ostermayer 25 Euro- Annemarie Scheringer 51 Euro- Helmut Krause 50 Euro- Margarita Bröskamp 50 Euro- Andreas Tremmel 2.500 Euro- Dayton Progress GMBH 150 Euro- LTB-Schiewer 200 Euro- Dr. Roland Tompert 1.000 Euro- Johannes Franz Merklein 25 Euro- Dr. Philipp Strohmeier 50 Euro- Willi Mais 35 Euro- Ulf Kurz 50 Euro- Dr. Ruth Blume-Baum 50 Euro- Karl-Eberhard Zangerl 15 Euro- Maria Neuhaus 50 Euro- Astrid und Richard Reschke 100 Euro.



Marktübersicht Regenerative Energien

Der Markt der Regenerativen Energien wächst.

Die neue Umwelt-Gesetzgebung hat hier mit der Biomasse-Verordnung, dem KWK-Gesetz und dem EEG Planungssicherheit geschaffen. Aus diesem Grund erscheint in der Zeitschrift UmweltMagazin 3/2002 das Special „Regenerative Energien“. Neueste Technik, aktuelle Projekte und Innovationen in den Bereichen Wasser- und Windkraft, Photovoltaik, Solarenergie, Biomasse und Geothermie werden vorgestellt. Ab Ende März kann diese Ausgabe des UmweltMagazins im Rahmen eines kostenloses Probeabos beim Verlag bestellt werden.

www.umweltmagazin.de

Experten-Workshop des Nachhaltigkeitsrates am 12.3.2002 in Berlin

Im April 2001 berief die rot-grüne Regierung 17 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens als einen Nationalen Rat für nachhaltige Entwicklung (www.rne.de). Parallel dazu wurde ein Staatssekretärsausschuss („Green Cabinet“) eingerichtet, der eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie ausarbeiten soll (siehe www.bundesregierung.de).

Im Rahmen seiner Arbeit hat der RNE festgestellt, dass in der globalisierten Welt Akteure aufeinander treffen, die unterschiedliche Werte, Dialogkulturen und Vorstellungen über eine „gute Gesellschaft“ mitbringen. Dadurch ergeben sich hinsichtlich der Akzeptanz und Durchsetzbarkeit des Postulats der

Nachhaltigkeit in anderen Kulturen möglicherweise Probleme. Dominieren die Interessen der Industrieländer den globalen Nachhaltigkeitsdiskurs? Das Institut für Organisationskommunikation (IFOK) hatte vom Nachhaltigkeitsrat den Auftrag bekommen, eine Kurzstudie über diese Frage zu erstellen.

In einem kleinen Kreis ausgewählter Experten sollten Wissen zusammengetragen und Erfahrungen ausgetauscht werden. Eingeladen waren Wissenschaftler (u.a. Ulrich Beck, LMU München und Bassam Tibi, Uni Göttingen), Stiftungen (u.a. Stiftung Weltethos, Stiftung Entwicklung und Frieden und eben die SRzG), NGOs (u.a. Germanwatch,

Südwind), Manager (u.a. Daimler Chrysler, BMW) und Regierungsvertreter (u.a. BMU, BMZ).

Die Diskussion litt ein wenig dran, dass explizit darauf verzichtet wurde, Nachhaltigkeit zu definieren (siehe auch Artikel auf S.23: Von Rio nach Johannesburg). Dies war zwar aus Zeitgründen nachvollziehbar, führte aber zu einem aneinander vorbei reden in manchen Fragen. Dennoch bleibt als Fazit, dass es sich um einen wichtigen Erfahrungsaustausch aus multidisziplinärer Sicht handelte. IFOK hat das Ergebnis sicher so aufbereitet, dass auch der RNE zufrieden war.

Jörg Tremmel, SRzG

Politiktage - Alibiveranstaltung, oder Anregung zur Partizipation?

Wer sich nicht mit Politik befasst, hat die politische Parteinahme, die er sich sparen wollte, bereits vollzogen. (Max Frisch)

Auf Initiative von Jugendministerin Christiane Bergmann und unter Schirmherrschaft des (leider abwesenden) Bundeskanzlers Gerhard Schröder fanden in den Räumen der Berliner TU vom 14. bis zum 16. 03. die Politiktage (www.politiktage.de) statt. Zentrales Anliegen war es, einerseits den ca. 8.000 jugendlichen Teilnehmern die vielfältigen Möglichkeiten einer politischen Partizipation aufzuzeigen sowie andererseits die Kontaktaufnahme zwischen bereits vorhandenen Initiativen anzuregen. Denn, wie Sebastian Sooth von der Core-Group es formuliert hat: „die Politiktage sind als Unterstützung von Beteiligung angelegt gewesen“. Und tatsächlich bot sich dem engagierten Teilnehmer bereits auf dem „Markt der Möglichkeiten“ die Gelegenheit, mit den auf der Veranstaltung zahlreich repräsentierten Stiftungen, parteigebundenen Jugendorganisationen, Anbietern von Freiwilligendiensten, Pfadfindern, Schülervertretungen etc. in persönlichen Kontakt zu treten und Informationen zu Projekten mit ange-

strebtter Jugendbeteiligung einzuholen. Dies war von beiderseitigem Nutzen insofern, als den Organisationen somit ein gutes Forum für die Vermittlung der eigenen Belange geboten wurde. Andererseits erhielten die Jugendlichen Gelegenheit, mit interessanten Menschen in Erfahrungsaustausch zu treten.

Mit rund 125 weiteren jungen Menschen aus allen Teilen Deutschlands habe ich auf freiwilliger Basis als Infoscout an den Politiktagen teilgenommen. Neben zahlreichen Querschnittsaufgaben oblag es mir, die Veranstaltungsteilnehmer einzuchecken und durch die TU zu navigieren, eine Gruppe zur russischen Botschaft zu begleiten sowie bei den sich ergebenden Frage- und Gesprächsrunden zu vermitteln.

Der Presseattaché der russischen Botschaft äußerte sich dabei zu Fragen bezüglich der Kronleuchter im Gebäude ebenso bereitwillig zu den Problematiken in der deutsch-russischen Beziehung, u.a. den Eigentumsansprüchen von Liegenschaften in Deutschland.

Weitere aufschlussreiche Momente ergaben sich für die Teilnehmer der Politiktage bei den ca. 125 Workshops, mit einem Themenspektrum vom World Summit on Sustainable Development 2002 in Johannesburg bis zum Karikaturkursus. Im Anschluss an die verschiedenen Podiumsdiskussionen mit z.T. bunter Besetzung konnten die Gäste Fragen stellen und ihre Meinung äußern.

Politiker wie Dr. Christiane Bergmann, Prof. Dr. Rita Süßmuth, Walter Riester, Wolfgang Thierse, Claudia Nolte, aber auch Vertreter von Wirtschaft und Jugend reagierten (auf die mitunter recht abstrusen Fragen und Aussagen) teilweise mit bemerkenswerter Geduld. Angesichts der - auch im Nachhinein - hinlänglich geäußerten Kritik an dem geschickten sprachlichen Lavieren der Politiker bei unangenehmen Fragen, erschien mir im übrigen die Tatsache, dass die angebotenen Rhetorikkurse für die Teilnehmer aus allen Nähten platzten, nicht nur kurios, sondern auch bedenkenswert.

Natürlich hofften die Vertreter der Parteien beim Einbiegen auf die Zielgerade des Wahlkampfes auf einen Imagegewinn. Wer aber meint, diese Politiktage seien eine reine Alibiveranstaltung gewesen, hat die Chancen die ihm/ihr hier geboten wurden, schlichtweg ignoriert, oder gar ignorieren wollen. Diese Haltung mag ja durchaus legitim sein, ebenso wie die nur allzu einfache Kritik an der Veranstaltung (insbesondere auch an der durchaus verbesserungswürdigen Organisation). Beides ist jedoch nicht nur unproduktiv und oberflächlich, sondern versperrt auch die Möglichkeiten für zukünftige Veranstaltungen, wie diese, bei denen das Motto lautet: "Ich mache Politik" und nicht "Ihr serviert mir Politik".

Fabian Johr, SRzG

Die aktuelle IVO - Crew:



Fabian Johr, Unna
ist 20 Lenze jung, hat nach dem Abitur Reisen unternommen, Praktika absolviert und dann einen Freiwilligendienst bei der SRzG begonnen, anschließend geht's voraussichtlich nach Nepal. „Die Flöhe und die Wanzen gehören auch zum Ganzen“. *Goethe* (Fabian übernimmt die Bereiche Personal, Mitgliederverwaltung, Interessenten und koordiniert die Redaktion der Zeitschrift GG!)



Claudia Schindler, Mainz
ist 24 Jahre alt, studiert Pädagogik und Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Uni Mainz: Die Arbeit als Praktikantin bei der SRzG ist interessant für mich, und eröffnet mir neue Perspektiven. „Damit das Mögliche entsteht, muss immer wieder das Unmögliche versucht werden“. *H. Hesse* (Claudia ist für das Layout der Zeitschriften und Flyer verantwortlich)



Heiko Tepper, Neustadt:
Ist 36 Jahre alt und hat nach acht Jahren im öffentlichen Dienst Politikwissenschaft und Neuere Geschichte an der Universität Koblenz-Landau und der Friedrich-Schiller-Universität Jena studiert und im November 2001 als Magister Artium abgeschlossen. Zahlreiche Reisen rund um den Globus haben ihn über die Jahre zu einem „Menschen mit multiplem Heimatgefühl“ gemacht.



Birgit Müller, Mainz
ist 19 Jahre alt und hat soeben ihr Abitur gemacht. Bis sie im Wintersemester 2002 ihr Studium der Rechtswissenschaften beginnt, wird sie bei der SRzG einen Freiwilligendienst machen. Und irgendwann zwischen Freiwilligendienst und Studium sollte dann auch noch 'ne Reise stattfinden.



Hai-Ping Wang, P.R. China
is 27 years old and major in „World Heritage Studies“ in Brandenburg Technical Uni. In FRFG we care for the current affairs and work on interesting projects. I acquire new knowledge and get to know and work with young colleagues from different countries. As a volunteer I absolutely enjoy my job and life here. (Hai-Ping leistet Pionierarbeit für die erste englische Ausgabe der Stiftungszeitschrift)

Die bequemen Lösungen von heute sind die unbequemen Aufgaben von morgen.

John Major, ehem. englischer Premierminister



Rostyslav Likholat, Frankfurt (Main)
Rostyk ist unser jüngster, er ist 16 Jahre alt. Wir lernten ihn während eines Schulpraktikums kennen, mittlerweile hat er einen Freiwilligenvertrag mit der SRzG abgeschlossen.

„It has to start somewhere...
It has to start sometime...
What a better place than here?
What a better time than now?
All the hell can't stop us now!“
Rage Against The Machine
(Rostyk erneuert die Website und kümmert sich um sämtliche Fragen bezüglich der Computer)



Yamina Ehrt, Leipzig
ist 24 Jahre alt und studiert im Magisterstudium Germanistik, Politikwissenschaft und Kulturwissenschaft an der Universität Leipzig: „Ich lebe als ein Bürger derer, welche kommen werden“, wusste schon Friedrich Schiller, und brachte mit diesen Worten zum Ausdruck, worauf auch meine Mitarbeit als Praktikantin im Oberurseler IVO der SRzG abzielt. (Yamina organisiert das Generationengerechtigkeitsseminar in Tutzing)

SRzG - Vorstand



Jörg Tremmel, Oberursel
Vorstandsvorsitzender der SRzG, studierte BWL an der ebs und Politologie in Frankfurt/Main und promovierte zur Zeit über das Thema „Der Faktor Bevölkerung in Strategien für ökologische Generationengerechtigkeit“.

Some dream, some do, some do both (unbekannt)



Falko Maxin, Berlin
Vorstandsmitglied der SRzG, ist 20 Jahre alt und studiert Rechtswissenschaft an der HU-Berlin; seit Januar 2002 steht er der SRzG im Vorstand bei; im Namen der zukünftigen Generationen formuliert er:

„Auf dem Feld von Vergangenheit bis zur Zukunft muss nicht nur das Verhalten der Spieler, sondern vor allem das Ergebnis gerecht sein!“



Laura Memmert, Heidelberg
Vorstandsmitglied der SRzG, ist 28 Jahre alt und als Assistenzärztin in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Mannheim tätig. Seit drei Jahren ist sie Schriftführerin der SRzG.

„Vivre les malheurs d'avance, c'est les subir deux fois.“



Adrian Schell, Bad Homburg
Vorstandsmitglied der SRzG, ist 25 Jahre alt, hat Jura studiert, zur Zeit Referendar am Landgericht Frankfurt. Zuständig für den Generationengerechtigkeits-Preis.

„Ich will meinen Beitrag zur Förderung der Generationengerechtigkeit leisten.“

Das Individuum hat entweder die Freiheit und das Risiko. Oder man nimmt ihm beides ab.

Friedrich von Hayek

International Volunteers Office

Was ist das International Volunteers Office?

Das „International Volunteers Office“ (IVO) - früher: European Volunteers Office - ist ein Projekt der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) für Freiwillige aus aller Welt. Durchschnittlich zehn Jugendliche aus allen Teilen der Erde organisieren in dem 130 m² großen Büro Tag für Tag Projekte für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Sie arbeiten zusammen, diskutieren, kochen, spülen und wohnen dort gemeinsam und gehen abends häufig noch zusammen aus. Quasi als Nebenprodukt erwerben sie bei ihrer Arbeit interkulturelle Kompetenz durch das gemeinschaftliche Zusammenleben.

Die Belegschaft des IVO besteht aus Freiwilligen, die 6 oder 12 Monate bleiben, Praktikanten mit kürzerer Aufenthaltsdauer und dem Büroleiter und SRzG-Vorsitzenden Jörg Tremmel. Andere Vorstandsmitglieder der SRzG arbeiten in den Semesterferien mit.

Für das Jahr 2002 sind bereits eingestellt (bzw. haben sich beworben) Praktikanten und Freiwillige aus allen Teilen der Erde wie Kamerun, Kolumbien, Polen, Rumänien, Zaire, USA, Kanada, Großbritannien, Indien, China, Sambia, Italien, Frankreich und Estland.

Die SRzG ist davon überzeugt, dass gerade junge Menschen einen wertvollen, innovativen Beitrag für die Rechte der kommenden Generationen leisten können. Dazu möchten wir ihnen die Möglichkeit bieten. Umgekehrt zeigt sich, dass die Erfahrung im IVO den Jugendlichen sehr viel bedeutet. Wie Fabian Johr - einer der ersten Freiwilligen - beschreibt: „Ich genieße es, dabei sein zu dürfen, denn ich fühle mich hier sehr wohl, als Mensch akzeptiert und in mei-

nen Belangen respektiert... Diese Erfahrung möchte ich mit möglichst vielen Jugendlichen teilen... Das IVO bietet das Fundament und verdient es, zu einem Beispiel des gesunden Miteinanders der Menschen aller Nationen ausgebaut zu werden.“

Finanzierung

Fünf Freiwilligenplätze werden durch die Robert-Bosch-Stiftung unterstützt. Weiterhin läuft die Antragstellung auf Freiwilligenförderung beim Europäischen Freiwilligendienst (EFD). Das Projekt wird inzwischen auch von Oberurseler Unternehmen unterstützt, nachdem der Oberurseler Bürgermeister sich begeistert ließ und zur Unterstützung einen Brief an alle Oberurseler Unternehmen versandte. Am 07.11.2001 wurde die SRzG für das Projekt "International Volunteers Office" zudem mit der Oberurseler Ehren-Bürgermedaille ausgezeichnet. Daraufhin erhielt das IVO Finanz- und Sachspenden von verschiedenen Oberurseler Firmen und Stiftungen. Einige Verlage haben dem IVO Gratis-Abos gesponsort (Spiegel, FR, FAZ, Süddeutsche, Die Zeit)

Aufgaben der Freiwilligen

Die SRzG organisiert zahlreiche Kongresse und Tagungen. Sie gibt allgemeinverständlich geschriebene Bücher und Positionspapiere heraus, die mit klaren Empfehlungen für Politiker und Wirtschaftslenker abschließen. Die SRzG regt durch einen Generationengerechtigkeits-Preis in Höhe von 7500 € junge Wissenschaftler an, sich mit Zukunftsthemen zu beschäftigen. Außerdem veröffentlicht sie zusammen mit der Jugendorganisation YOIS-Europe eine Zeitschrift namens "Generationengerechtigkeit!", die dieses Jahr erstmals auch in englisch erscheinen soll. Die Freiwilligen sind an allen diesen Projek-

ten beteiligt. Außerdem kümmern sie sich um Querschnittsaufgaben wie Mitgliederverwaltung und Personalplanung.

Anforderungen an die Freiwilligen

Engagement, Flexibilität, keine Angst vor dem Kontakt mit hochrangigen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, Interesse an den Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Die Jugendlichen arbeiten in einem Umfeld ausschließlich junger engagierter Mitarbeiter, deren Eigenmotivation sehr hoch ist. Hohe Ansprüche stellen wir deshalb an die Teamfähigkeit der Freiwilligen. Sie sollten in der Lage sein, mit unterschiedlichen Personen aus verschiedenen Ländern partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Von den Freiwilligen wird erwartet, dass sie ihre Aufgaben weitestgehend eigenständig erledigen. Dennoch ist eine intensive Kommunikation innerhalb der im Büro tätigen Personen durch Morgen- und Abendbesprechungen gewährleistet, bei denen Erfahrungen und Schwierigkeiten diskutiert und alle auftretenden Fragen offen geäußert werden.

Interesse?

Bei Interesse an einem Freiwilligendienst oder Praktikum im IVO bitten wir um vollständige Bewerbungen (Anschreiben, Lebenslauf, Foto Zeugnisse/ Tätigkeitsnachweise) an:

SRzG

International Volunteers Office
z.Hd. Heiko Tepper

An den Drei Hasen 6a,
61440 Oberursel

Tel.: 06171-982367,

Fax: 06171-952566

info@srzg.de

(Online-Bewerbungen sind willkommen, wenn sie die genannten Unterlagen in eingescannter Form enthalten)

Freiwillige vor!

Die SRzG sucht fünf junge, engagierte Menschen, die zwischen einem Jahr und sechs Monaten im prämierten „International Volunteers Office“ eine anspruchsvolle, abwechslungsreiche Tätigkeit ausüben wollen. Die Freiwilligen erhalten eine Unterkunft und ein nicht unbeträchtliches monatliches „Taschengeld“ (je länger der Freiwilligendienst, desto höher). Außerdem

werden Fahrtkosten erstattet und Zugang zu Bildungsmaßnahmen ermöglicht. Das Aufgabengebiet ist in erster Linie die organisatorische und inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift Generationengerechtigkeit! Dies beinhaltet u.a. die thematische Konzeption jedes Heftes, Auswahl und Anschreiben der Beiträger, das Lay-Out und die Leserverwaltung.

Anforderungen an den/die Freiwillige/n sind: Engagement, Flexibilität, keine Angst vor dem Kontakt mit hochrangigen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, Interesse an den Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

DIE FREIWILLIGENPLÄTZE WERDEN GEFÖRDERT MIT MITTELN DER ROBERT-BOSCH-STIFTUNG.

Von Rio nach Johannesburg

Der Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ ist von der Brundtland-Kommission 1987 geprägt worden, um den Wünschen des Nordens nach Umweltschutz und den Bedürfnissen des Südens gleichermaßen Rechnung zu tragen.

In dem Report wurden vier Kernbereiche definiert:

Schutz der Umwelt, Gerechte Verteilung, Verringerung der Armut und Partizipation.

Auf der Rio-Konferenz 1992 wurde das Drei-Säulen-Modell (ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit) populär. Gelegentlich werden die institutionelle und die kulturelle als 4. und 5. Dimension der Nachhaltigkeit aufgezählt. Auch Partizipation und Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen werden häufig genannt. Diese Unbestimmtheit hat Kritik ausgelöst: Nachhaltigkeit als Chiffre für alles gesellschaftlich Wünschenswerte sei kein operationalisierbares Konzept.

Die SRzG definiert Nachhaltigkeit als

Verbindung von intergenerationaler und intragenerationeller Gerechtigkeit, wobei letztere u.a. internationale Gerechtigkeit (zwischen Nord und Süd) und Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb eines Landes (Arm und Reich, Männer und Frauen, Familien und Kinderlose, Kranke und Gesunde, Arbeitslose und Arbeitsplatzbesitzer etc.) ist. In Johannesburg soll im September 2002 auf dem WorldSummit on Sustainable Development (WSSD) das Nachhaltigkeits-Konzept weiterentwickelt und „das Feuer neu entfacht“ werden. Die deutsche Regierung will dort ihre nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorstellen. Einige Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter der SRzG planen die Reise zum neuen Erdgipfel. Sie wollen sicherstellen, dass die Stimme der Jugend auf dem Gipfel gehört wird. Die SRzG will nach dem Gipfel mehrere tausend Exemplare einer englischsprachigen Zeitschrift namens "Intergenerational Justice" versenden, im dem über Johannesburg berichtet und ein Ausblick in die Zukunft gewagt wird. Diese Zeitschrift wird an in Johannesburg vertretene Organisationen, aber auch an andere internationale NGO's, EU-Parlamentarier und englischsprachige Kontaktpersonen der

SRzG und YOIS-Europe verteilt. Sie soll die Delegierten daran erinnern, dass zukünftige Generationen mindestens die gleichen Chancen auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben müssen wie die heutigen. Die jungen Menschen von heute werden von den Entscheidungen, die in Johannesburg getroffen werden, erheblich länger betroffen sein als diejenigen Politiker, die dort entscheiden. Wir sehen daher eine besondere Verantwortung darin, nach allen Kräften für eine zukunftsfähige Politik zu wirken.

Die SRzG veröffentlicht bereits vier Mal jährlich eine deutschsprachige Zeitschrift, an deren Layout die englischsprachige Sonderausgabe zum Weltgipfel angelehnt sein wird.

Jörg Tremmel, SRzG

Immer wieder gibt der Mensch Geld aus, das er nicht hat, für Dinge, die er nicht braucht, um damit Leuten zu imponieren, die er nicht mag.

Danny Kaye (1913-1987), russisch-US-amerikanischer Humorist, Schauspieler und Schriftsteller

Bezug eines Übergangsbüros in Hamburg

Das Jahr 2002 bringt für YOIS Europe e.V. und YOIS Deutschland e.V. einige standörtliche Veränderungen mit sich. Die jungen Organisationen sind flügge geworden und beziehen nach langer und erfolgreicher Zusammenarbeit mit der SRzG ein Übergangsbüro in Hamburg. Die Vereinssitze verbleiben bis zur näch-

Der Sozialismus wird nicht funktionieren, weil er zu viele freie Abende kostet.

Oscar Wilde

sten Mitgliederversammlung dennoch in Oberursel. Die Koordination der Projekte wird von unserem Übergangsbüro aus durchgeführt. Das vorübergehende Büro hat die Adresse: Rissener Landstraße 193, 22559 Hamburg-Rissen. Die Aktivitäten in Hamburg werden Anfang April aufgenommen.

Spendenaufwurf

Ein hochmotiviertes Team arbeitet an der Vorbereitung der vorgestellten Projekte. Wir alle sind von der Qualität unserer Projekte überzeugt und arbeiten sehr intensiv für den Erfolg selbiger. Hierüber können Sie sich selber einen Eindruck machen, wenn Sie einen Blick auf die Dokumentationen der bisherigen Projekte werfen (www.yois-europe.org).

Um den Erfolg zu sichern, werden wir ab April eine feste Arbeitskraft im Büro in Hamburg einstellen, die sich um die Betreuung von Praktikanten und Freiwilligen vor Ort, sowie um die administrativen Projektträglichkeiten

kümmert. Die Stelle könnte ab sofort mit einer sehr kompetenten Mitarbeiterin besetzt werden, allerdings fehlen uns bisher zu einer abgesicherten Finanzierung noch □ 13.000 für das Jahr 2002. Die folgenden Kosten sind bei den oben vorgestellten Projekten bisher noch offen: Proday ca. □ 82.500, Politiktest: □ 14.500, EYC 2002 ca. □ 36.400, „BLUE“ ca. □ 39.400, Englische Version von Montag, Dienstag, Zukunft ca. □ 4.000, „Shaping Future“ geschätzt □ 9.800. Über Spenden, die auch zweckgebunden sein können, würden wir uns sehr freuen. Aufgrund unserer Anerkennung als gemeinnütziger Verein, sind wir befugt, Zuwendungsbestätigungen zu

erstellen. Auch für Sachspenden (z.B. Büroausstattung oder Computer) wären wir sehr dankbar, da YOIS derzeit lediglich ein Telefon besitzt. Investieren Sie in die Zukunft - fördern Sie die aktive Jugend!

Bankverbindungen

YOIS Europe e.V.,
Konto Nr.: 445 077 100,
BLZ: 500 700 24, Deutsche Bank 24, Dortmund (für Arbeitskraft, EYC, BLUE, Buch-Projekt, Zeitung)
YOIS Deutschland e.V., Konto Nr.: 805 87 37, BLZ 781 510 80, Sparkasse im Landkreis Tirschenreuth (für Proday und Politiktest)

SD 2002- „Sustainable Development? Why?How?Where? By Whom?“

28. Februar - 3. März,
Tirgu-Mures, Rumänien

In Tirgu-Mures, einer kleinen Stadt mitten im Herzen Transsylvaniens, diskutierten 51 Teilnehmer aus Weißrussland, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Russland, Jugoslawien und der Türkei drei Tage lang über das Nachhaltigkeitskonzept und die Möglichkeiten es in die Tat umzusetzen. Die Organisatoren YOIS Romania und YOIS Europe e.V. als auch die lokale Partnerorganisation AEGEE Tirgu-Mures wurden vor enorme Anforderungen gestellt, aber in Anbetracht der Ergebnisse haben sich die Mühen gelohnt.

Die Teilnehmer wurden aus 226 Bewerbungen (aus 24 Ländern) nach Qualität und Erfahrung mit dem Thema der nachhaltigen Entwicklung sowie ihrem Engagement ausgewählt. Schließlich trafen sich auf der Konferenz Vertreter verschiedenster NGO's, Vertreter der Umweltministerien verschiedener Länder, Vertreter einiger Nationalparks in Rumänien und der Türkei, Vertreter von

Umweltorganisationen, Jugendliche aus der Agenda 21 und viele Studenten aus den unterschiedlichsten Fachbereichen aus ganz Europa. Außerdem waren einige Gäste aus den lokalen Behörden Tirgu-Mures', der lokalen Agenda 21, Vertreter des Ministeriums für Jugend und Vertreter des nationalen Zentrum für nachhaltige Entwicklung auf der Konferenz anwesend. Die Teilnehmer erarbeiteten in den wenigen Tagen, die ihnen gegeben waren, in Arbeitskreisen (ökologische Verantwortung des Individuums, Ökotourismus, Forstwirtschaft, regionale und globale Auswirkungen von Umweltpolitik in südosteuropäischen Ländern) eine Resolution zum Nachhaltigkeitsprinzip und zu den Möglichkeiten seiner Umsetzbarkeit. Die Ergebnisse der Konferenz sind auf der YOIS Europe Homepage einzusehen.

Im Zuge der Konferenz hatte die Organisation YOIS Romania, die sich als Nationalsektion von YOIS Europe mitten im Gründungsprozess befindet, die Möglichkeit, sich den Anwesenden vorzustellen, und gewann gleichzeitig neue engagierte Mitglieder und für das Netzwerk. Der Enthusiasmus der Veranstalter und der Erfolg der Konferenz waren ansteckend, so dass sich auch in der Türkei und in Serbien und Montenegro Jugendliche gefunden haben, die sich als Nationalsektion YOIS Europe e.V. anschließen möchten. Insgesamt können wir mit dem Gefühl des Erfolgs auf die Konferenz zurücksehen, die neben guten Ergebnissen

auch die Stärkung des Netzwerks gebracht hat.



Martin Viehöver, YOIS-Europe

„BLUE“ Campaign - Rally of Youth 2002

Auf dem Vorstandstreffen von YOIS Europe in Brüssel entstand die Idee, die Ziele von YOIS über eine Kampagne zu kommunizieren, die von der Öffentlichkeit schnell wahrgenommen wird. Aus dieser Idee entstand „BLUE“, wobei BLUE für Better Life for yoUng Europeans steht. BLUE knüpft an die bisherigen Rallyes an - das Konzept bekommen allerdings einen stärkeren Kampagnencharakter als in den letzten beiden Jahren. Die Forderungen, die Jugendliche und junge Erwachsene an ihre Zukunft im 21. Jahrhundert stellen, sollen noch stärker zum Ausdruck kommen und an die Entscheidungsträger von heute herangetragen werden. Auf diese Weise soll signalisiert werden, dass die Wünsche der jungen Generation im Bezug auf heutige politische Entscheidungen nicht länger ignoriert werden können. Im Mittelpunkt von „BLUE“ werden folgende Forderungen stehen:

- Keine weitere Zerstörung der natürlichen Umwelt!
- Keine weitere Staatsverschuldung auf Kosten der jungen und zukünftigen Generationen!
- Stärkere Involvierung der jungen Generation in die Entscheidungen von Heute für ein gerechtes Morgen! Neben der Information über umwelt- und finanzpolitische Probleme der betroffenen Region soll die Animation zu lokalpolitischem Engagement und politischer Mitwirkung der jungen Bevölkerung Ziel der Kampagne sein. Die Tour wird vom 26. September bis zum 8. Oktober von Sofia (Bulgarien) nach Athen (Griechenland) führen. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.yois-europe.org/blue.htm.



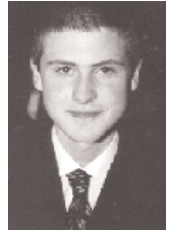
Teilnehmer am Kongress in Rumänien

Politiktest-Kongress 2002

Anlässlich des Wahljahres 2002 will YOIS Deutschland den Politikern auf die Finger klopfen. Daher veranstaltet YOIS einen Politiktest-Kongress unter dem Motto "Fair Future - In Zukunft kritisch!". YOIS möchte mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus ganz Deutschland die Wahlprogramme der wichtigsten Parteien unter die Lupe nehmen und herausfinden, inwieweit sie nachhaltig sind und die Interessen kommender Generationen berücksichtigen. Die Schirmherrschaft hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse übernommen. Der regierende Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit hat bereits ein Grußwort zugesagt. Unterstützt

wird der Kongress von der Robert-Bosch-Stiftung und der Stiftung Mitarbeit. Angeboten werden sollen die Arbeitskreise Umwelt, Globalisierung, Bildung, Staatsverschuldung und Kinderrechte. Entsprechend werden die Programme der Parteien im Bezug auf diese Themen verglichen und auf ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft. Die Namen der Parteien werden zunächst anonymisiert, um ein objektives Urteil fällen zu können. Dabei ist allerdings zu erwarten, dass keine Partei in allen Bereichen (z.B. gleichzeitig Umwelt und Staatsverschuldung) nachhaltig sein wird, so dass am Ende des Kongresses keine Wahlempfehlung, sondern eine konstruktive Kritik und vor allem konkrete Verbesserungsvorschläge steht. Die Ergebnisse des Kongresses werden anschließend zusammen mit einer Resolu-

tion hochrangigen Vertretern der Parteien überreicht und der Presse präsentiert. Eingeladen sind alle Jugendlichen und junge Erwachsene, die sich für Politik interessieren. Der Kongress findet vom 2. bis 4. August 2002 in Berlin statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 25 Euro. Interessenten sollten sich möglichst bald bei Wolfgang Gründinger (gruendinger@yois.de) melden.



Wolfgang Gründinger, YOIS-Deutschland

Proday 5. Juni 2002, weltweiter Projekttag der Solidarität Proday - globales schulennetzwerk nachhaltigkeit

„Die Jugend ist von den Auswirkungen des Handelns und des Nichthandelns heutiger Entscheidungsträger am stärksten betroffen. Eine Mitwirkung Jugendlicher ist daher besonders wichtig, wenn es um Zukunftsfragen geht. Politik darf nicht an Jugendlichen vorbei entscheiden - die Partizipation der Jugendlichen ist der Weg, den die Agenda 21 fordert.“

Mit dieser Einleitung wurden Mitte Februar über 6.500 Schulen weltweit zur Teilnahme an Proday aufgerufen. Das international und dauerhaft angelegte Netzwerk fordert Schüler, Klassen, Lehrer und Schulen, auf sich für Nachhaltigkeit zu engagieren, sei es im Unterricht, im lokalen Umfeld, durch internationale Kommunikation oder konkrete Aktivitäten und damit global politische Wirkung zu erzielen. Insbesondere im Hinblick auf die nahende Weltkonferenz, die vom 26. September bis zum 4. August in Johannesburg stattfinden wird, sind die teilnehmenden Jugendlichen aufgefordert, während ihrer Aktivitäten Wünsche, Forderungen, Fragen und Anregungen zu entwickeln, die sie für ihr Leben im 21. Jahrhundert haben. Den Jugendlichen wird eine Möglichkeit eröffnet, einen eigenen Zugang zur Auseinandersetzung mit dem Thema Nachhaltigkeit zu finden. Dazu finden

sie schülergerecht aufbereitete Informationen auf der eingerichteten auf der digitalen Informations- und Kommunikationsplattform www.proday.org. Ebenso können sie sich in Chatrooms, Diskussionsforen und auf einer eigenen Homepage mit anderen Teilnehmern international über ihre Erfahrungen austauschen. Von einander zu wissen, miteinander zu sprechen und sich über Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Probleme und Hoffnungen zu verständigen, schärft das Bewusstsein, als Jugendliche in einer Welt zu leben, eine Aufgabe zu haben und dafür nur in solidarische Zusammenarbeit eine Lösung finden zu können. In jedem Jahr werden die Aktivitäten des Schulennetzwerkes mit dem „weltweiten Projekttag der Solidarität“ ihren Höhepunkt finden. Dieser findet alljährlich am 5. Juni statt und knüpft an ein aktuelles Thema an. Proday "10 Jahre nach Rio - Jugendliche und Schulen mischen sich ein" wird somit den Auftakt zu einem Netzwerk sein, das wächst und offen ist. Als sichtbares Ergebnis der Anstrengungen der Teilnehmenden wird eine Broschüre in 50 verschiedenen Sprachen erscheinen, in der die Ergebnisse der Aktivitäten in verkürzter Form enthalten sein werden. Diese wird den teilnehmenden Jugendlichen übergeben und kann dann am

weltweiten Tag der Solidarität an die Entscheidungsträger der Konferenz von Johannesburg des jeweiligen Landes weitergegeben werden. Die Schirmherrschaft für Proday ist von der UNEP (Prof. Dr. Klaus Töpfer) übernommen worden. Getragen wird das Projekt von YOIS (www.yois.org) in Kooperation mit der erst kürzlich gegründeten "Global Contract Foundation". Die pädagogische Betreuung hat die AG Proday des Oberstufenkollegs Bielefeld www.uni-bielefeld.de/osk übernommen. Ausführliche Informationen unter www.proday.org.



Katharina Klausch, YOIS-Deutschland

GENERATIONENgerechtigkeit!

kann man nicht kaufen,
aber abonnieren!

(Auf nach Schloss Tutzing- Fortsetzung von Seite 1)

vom 5. - 7. Juli 2002 ein Symposium. Fachleute, Politiker und interessierte Bürger (speziell auch junge Erwachsene) werden in einem interdisziplinären Meinungs- und Gedankenaustausch das Thema „Generationengerechtigkeit“ unter die Lupe nehmen. Den passenden Rahmen bietet das Schloss Tutzing am Starnberger See mit seiner schönen Umgebung und seiner geschichtsträchtigen Vergangenheit als Wiege des Grundgesetzes. Die am Freitag abend stattfindende Podiumsdiskussion wird von Prof. Dr. Ortwin Renn moderiert und widmet sich den Zugangsmöglichkeiten zu Generationengerechtigkeit aus der Sicht

von verschiedenen Disziplinen. Dazu wurden eingeladen: Prof. Dr. Christoph Lumer (Philosophie), Prof. Dr. Kay Waechter (Rechtswissenschaft), Dr. Herwig Unnerstall (Ökonomie), Prof. Dr. Peter Grottian (Soziologie). Der zweite Seminartag beginnt mit einem englischsprachigen Vortrag zum Thema „Intergenerational Justice in the International Debate“. Anschließend besteht in zahlreichen Workshops mit unterschiedlichem Fokus die Möglichkeit der Erörterung und Diskussion verschiedener relevanter Themen aus dem Bereich der Umwelt- Sozial- und Kulturpolitik. Abschließend steht die politische Dimension der Thematik im Mittelpunkt. Bei der Podiumsdiskussion, moderiert von

Prof. Dr. Dr. Radermacher, werden Politiker verschiedener Parteien zu den Möglichkeiten einer stärkeren Verankerung von Generationengerechtigkeit in der Politik Stellung beziehen. Neben den erwähnten Diskussions- und Wissensangeboten zum Thema Generationengerechtigkeit wird das Seminar auch als feierlicher Anlass für die erstmalige Verleihung des Generationengerechtigkeitspreises durch einen Vertreter des Bundesjustizministeriums. Gefördert wird die Veranstaltung von der ZEIT-Stiftung, der Haniel-Stiftung und der Stiftung Mitarbeit. Der Preis wurde initiiert von der Stiftung Apfelbaum-Lernprojekt für Ko-Evolution und Integration, die ihn auch finanziell fördert.

bitte ausschneiden

Anmeldung zur Teilnahme

Am Symposium „Generationengerechtigkeit“, vom 5. bis 7. Juli 2002 in der Evangelischen Akademie Tutzing; Schlossstr. 2+4, 82327 Tutzing, nehme ich teil.

Name _____ Vorname _____ Strasse _____ PLZ _____
Ort _____ Email _____ Tel _____ Fax _____ Alter _____

SRzG Symposium Tutzing
Postfach 5115
61422 Oberursel
oder per Fax 06171-952566

Wichtig: Sobald ihre Anmeldung per Brief, Fax oder Online unter www.srzg.de eingegangen ist, gilt sie als berücksichtigt. Ihre Anmeldung wird nicht bestätigt und ist verbindlich, sollten Sie von uns nicht spätestens eine Woche vor Tagungsbeginn eine Absage wegen Überbelegung erhalten.

Ich nehme teil : ☐ an der Kuratoriumssitzung der SRzG (05.07.02 - 15:00-17:30h)
☐ am gesamten Seminar (05.07.02 18:00h - 7.07.02 19:00h)
☐ nur an der Preisverleihung (06.07.02 - 14:30-16:30h)
☐ an der Mitgliederversammlung von YoIs Deutschland e.V. für unter 32 Jährige (07.07.02 - 10:00-13:00h)

Unterkunft: ☐ Ich werde in der Evangelischen Akademie Tutzing übernachten
☐ von Freitag bis Sonntag
☐ von Freitag auf Samstag
☐ von Samstag auf Sonntag
☐ Ich werde nicht in der Evangelischen Akademie Tutzing übernachten

Preise: Teilnahmegebühr 62,00 ☐ *31,00 ☐ Vollpension** im Einzelzimmer 77,50 ☐ *38,75 ☐
Vollpension** im Doppelzimmer 67,50 ☐ *33,75 ☐ Verpflegung (ohne Übernachtung) 20,50 ☐ *10,25 ☐
Die Bezahlung erfolgt bei Ankunft. SRzG- u. YOIS-Mitglieder erhalten eine unbare Rückerstattung von 30 Euro bei Anmeldung bis zum 30.6.2002 *Ermässigung erhalten alle Teilnehmer unter 30 Jahre ** für die Zeit von Fr. abend bis So. früh. Bei einer Übernachtung entfallen 23,50 (DZ) o. 28,50 (EZ).

Ort/Datum _____

Unterschrift _____

Unterschrift des Erziehungsberechtigten
(bei Unterachtzehnjährigen)

Kuratoriumssitzung der SRzG
Unmittelbar vor Beginn des Seminars wird die jährliche Kuratoriumssitzung der SRzG stattfinden. Alle Förderer der SRzG sind herzlich eingeladen. Dort gibt es traditionell eine allgemeine Aussprache über die Arbeit der Stiftung

im letzten Jahr. Der Vorstand legt dort dem Kuratorium individuelle Rechenschaftsberichte und den Jahresabschluss der SRzG vor. Über die Entlastung des Vorstands und Genehmigung des Jahresabschlusses entscheidet das Kuratorium.

Mitgliederversammlung von YOIS-Deutschland
Am Sonntag findet die Mitgliederversammlung von YOIS statt. Bei der wichtigsten Sitzung des Jahres werden zukünftige Projekte besprochen. Außerdem finden die Vorstandswahlen statt.

05.-07.07.2002

Symposium

Generationengerechtigkeit

siehe Bericht auf Seite 1 und 26

26.07.-16.08.2002,**Dachau**20th International Youth Meeting
in Dachau

Inhalt: Young people from various different countries learn about and discuss the history of the concentration camp in Dachau, National Socialism and forms of exclusion, racism and discrimination which exist today. At the historical site of the Dachau concentration camp, they can seek answers to questions relating to the past, present and future.

Wann: July 26th - August 16th**Wo:** Youth Meeting Hostel, Dachau
Concentration Camp

Info: Catholic Youth Dachau, Gottesackerstr. 17, D-85221 Dachau, Tel. +49-8131/81845, Fax: +49-8131/350114, come@youthmeeting-dachau.de

www.youthmeeting-dachau.de

Kosten: depending on length of stay between 36 and 202

02.-04.08.2002

Politiktestkongress

siehe Bericht auf Seite 25

**26.08.-04.09.2002,
Johannesburg**World Summit on Sustainability
2002 in Johannesburg (RIO + 10).**Info:** www.johannesburg.com**31.08.-21.09.2002,
Weimar**

Weimarer Sommerkurse II.

Inhalt: Philosophische, ethische und religiöse Aspekte der Nachhaltigkeit. Dieser internationale Sommerkurs setzt sich mit jenen Fragen auseinander, die in der Diskussion um eine nachhaltige Moderne meistens unterbelichtet sind: Mit Fragen der Philosophie, der Religion und der Ethik. In verschiedenen Themen- gruppen wird mit internationalen Fachleuten die Frage nach einer „nachhaltigen Moderne“ diskutiert.

Wer: EJBW, Europäische Erwachsenenbildung Thüringen, Heinrich-Böll-Stiftung, Institut für Philosophie und Kultur.

Wo: Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar.

Info/ Kosten: www.ejbweimar**11.-17.09.2002,****Alexandria**

Youth Employment Summit 2002

Wer: Hosted by the Government of Egypt

Wo: Alexandria

Info: Mrs. Mette Larsen, mlarsen@edc.org

Youth Employment Summit Secretariat, 55 Chapel Street, Newton, MA 02458
Fon: +1 617 618-2415, Fax: +1 617 969-4902; Web: www.youthemploymentsummit.org

**20.-25.09.2002,
Sofia**

European Youth Congress 2002

Inhalt: „United Europe towards Sustainability“

Wo: Sofia, Bulgarien, Teilnehmerzahl: Max. 100 (17 - 30 Jahre alt)

Info: www.yois-europe.org**26.09.-08.10.2002****Sofia - Athens**

Rally of Youth 2002

Inhalt: „Sustainable Development and Intergenerational Justice“

A group of 25 cyclists will ride from Sofia (Bulgaria) to Athens (Greece) from 26th September to 08th October 2002. The group will stay in the cities of Sofia, Blagoevgrad, Thessaloniki, Larisa, Athens and others in order to meet politicians and to speak to the local young population.

The participants will meet government representatives from Greece and Bulgaria and will make street enquiries among the young population in both countries about their ideas of sustainability. They will put into practice the conclusions and the ideas of the European Youth Conference „United Europe towards Sustainability“ which ends in Sofia one day before the start of the rally. Like in the last two years, a scientific evaluation will be made by the partner organization „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ (SRzG) - Foundation for the Rights of Future Generations (FRFG).

Wer: YOIS-Europe**Info:** www.yois-europe.org**09.-10.11.2002, Bonn**Gipfel-Stürmer? Die Globalisierung
und ihre Kritiker.**Wer:** Thomas Morus Akademie.**Wo:** Haus Venusberg, Bonn.

Info: Thomas Morus Akademie Bensberg, Overather Str. 51-53, 51429 Bergisch Gladbach (Bensberg), Fon: 02204-408402, Fax: 02204-408420, Email:

akademie@tma-bensberg.de;Web: www.tms-bensberg.de

VORSCHAU

In einigen Monaten wird die GG! 6 in Ihrem Briefkasten liegen.

Damit Sie schon jetzt neugierig werden können, verraten wir Ihnen das Thema: „Ökologische Generationengerechtigkeit“, Schwerpunkt: Ressourcenproduktivität

Im Mittelpunkt sollen folgende Fragen stehen: Ressourcenproduktivität (RP) ist eine notwendige Voraussetzung für

Nachhaltigkeit. Wie kann die Innovationskraft der Wirtschaft auf die Verbesserung der RP gelenkt werden? Ist dafür eine tiefgreifende Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen notwendig? Löst die Umorientierung von der Arbeitsproduktivität zur RP neben ökologischen auch soziale Probleme der Industriegesellschaft? Freuen Sie sich auf viele interessante Artikel!

Bisher erschienen:

*Grundlagen der Generationengerechtigkeit, Jg 1 (2001), Heft 1 - vergriffen.

*Weltbevölkerungswachstum (Jg 1, Heft 2) - Einzelpreis: 10,00

*Global Governance (Jg 1, Heft 3) - Einzelpreis: 10,00

*Biotechnologie (Jg 1, Heft 3) - Einzelpreis: 10,00 □

Einfach ausfüllen und aufs FAX legen:
Fax - Nr. 06171/ 952566, oder per Brief:

SRzG - Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Postfach 5115
61422 Oberursel

☐ **Antrag auf Aufnahme als ständiger Förderer bei der SRzG**

Hiermit beantrage ich die Aufnahme als ständiger Förderer im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ ☐ 25,-/☐ 50,-*

☐ **Mitgliedsantrag bei YOIS**

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability-Europe“ ☐ 0,-/☐ 5,-/☐ 25,-*

☐ **Doppelmitgliedschaft bei SRzG und YOIS**

Hiermit beantrage ich die Aufnahme als ständiger Förderer im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ und die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability-Europe“. Jahresbeitrag ☐ 75,-; für Unterdreißigjährige ☐ 40,-; für Unterzwanzigjährige ☐ 35,-.

☐ **Jahresabonnement für die Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“**

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift zum Jahresbezugspreis von ☐ 15,-

Name _____ Vorname _____
Straße _____ PLZ/Ort _____
Telefon _____ Fax _____
e-mail _____ Geburtstag _____

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennungen möglich):

Generationengerechtigkeit	☐	Arbeitsgesellschaft	☐	Globalisierung/Global Governance	☐
Ökologie	☐	Bildung	☐	Medizin/Gesundheit/Biotechnologie	☐
Rentenversicherung	☐	Kinderrechte	☐	Methoden der Zukunftsforschung	☐
Staatsfinanzen	☐	Bevölkerungsentwicklung	☐	Stadt und Raumplanung	☐

*Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen. Es gilt dabei für YOIS ein Mindestbeitrag von ☐ 10,- für Unterzwanzigjährige, von ☐ 15,- für Unterdreißigjährige und ☐ 25,- für Ältere. Für die SRzG gilt ein Mindestbeitrag von ☐ 25,- für Unterdreißigjährige und von ☐ 50,- für Ältere. Organisationen können ebenfalls Fördermitglied der SRzG oder Mitglied bei YOIS werden, für sie gilt ein Mindestbeitrag von ☐ 100,- jährlich. Bitte unten stehende Einzugsermächtigung ausfüllen. Für Jugendliche und junge Erwachsene mit dem Wunsch nach aktiver Mitarbeit empfiehlt sich die Mitgliedschaft bei YOIS, wenn Sie eher fördernd unterstützen wollen, bei der SRzG.

Ort und Datum

Unterschrift

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), und/oder YOIS-Europe, meinen Förderbeitrag bzw. Mitgliedsbeitrag (Spende) in Höhe von _____ Euro jährlich zu Lasten meines/unseres Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Konto-Nr.

Ort und Name der Bank

Bankleitzahl

Ort und Datum

Unterschrift

Weitere Informationen unter Tel.: 06171/ 982367, www.srzg.de, e-mail: info@srzg.de